Einzelpreis 30 000 Mark

Halle, Montag, den 27. August

Jahrg. 1923 • Nr. 199

Schriftleitung: Harz 42/44, Hinterh. II. Fernruf 4667. Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit dem täglich. Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Den Frauen" und „Unserer Jugend". Unverlangt eingesandt. Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Sprechstunden der Redaktion: mittags von 12 bis 1 Uhr. Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der genossenschaftlich. u. gewerkschaftl. Organisat. u. amtl. Organ verschied. Behörden.

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4605. Buchhandlg. u. Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstr. 27. Postscheckkonto Nr. 203 19 Erfurt. — Bezugspreis: Für Monat August einschl. erfolgter Vorauszahlung und der Zustellungsgebühr 400 000 Mk.; durch Postbezug oder Selbstabholung 30000 Mk. weniger zuzügl. der Postgebühr. Die Preise sind durch den Druck der Verhältnisse freibleibend. Anzeigenpreis: Für die 10gep. Mill.-Zeile 62 000 Mk. i. Anzeig.- u. 248 000 Mark i. Textteil (Rekl.).

Bezahlt oder wir bleiben!

Poincarés Sonntagsrede.

Ein deplazierter Vergleich mit 1871. • Poincares Leiborgan versichert: „Wir werden abziehen, wenn ihr bezahlt!"

Paris, 27. August. (WTB.)

In einer Rede in Chancey entwarf Poincaré ein Schreckensbild dessen, was geschehen wäre, wenn Deutschland im Weltkrieg den Sieg davongetragen hätte. Nachdem er alle Länder aufgezählt hatte, die Deutschland nach einem für es erfolgreichen Ausgang des Kriegs unterjocht hätte, betonte er die Mäßigung, die Frankreich Deutschland gegenüber gezeigt habe. Sodann kam er auf die Leistungen Frankreichs damals nach 1870/71 zu sprechen und berührte die Rede Dr. Stresemanns mit folgenden Ausführungen: Die Reparationskommission hat die wirklich geleisteten Zahlungen gewissenhaft nach einer kontradiktorischen Untersuchung bewertet und bei ihren Feststellungen ist sie immer einmütig gewesen. Es ist also falsch, zu behaupten, daß Deutschland bereits 42 Milliarden Goldmark geleistet habe oder auch nur 25, wie ein Wirtschaftsinstitut in Washington angegeben haben soll, ein Institut, von dem mir bisher unmöglich gewesen ist, festzustellen, was es ist. In dem jährlich herausgegebenen amtlichen Congreß Lonia Directory in der Landeshauptstadt der Vereinigten Staaten ist es nicht zu finden. Diese schiedsrichterliche Schätzung zeigt uns auf alle Fälle, zu welchen sonderbaren Ergebnissen wir kommen würden, wenn jemals internationale Sachverständige damit beauftragt werden sollten, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu bemessen, und ich brauche wohl in dieser Beziehung nicht zu sagen, daß unsere Ansicht sich in diesem Punkte nicht ändern kann. Um aber auf das, was Frankreich nach 1871 getan hat, zurückzukommen, so ist es in wenigen Worten folgendes: Wie große Lasten unsere Ausgaben auch darstellten, ist es uns doch gelungen, sie zu leisten, unsere Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, unsere nationale Ausrüstung wieder instand zu setzen, und trotz der Verstümmelung, die wir erlitten hatten, unser Land wieder in die Höhe zu bringen, um ihm seine Würde wiederzugeben. Haben wir, um diesen Wiederaufbau vorzubereiten, Wunder vollbringen müssen? Nein, wir hatten nichts zu versuchen, was unsere Kräfte überstiegen hätte. Wir haben gearbeitet, wir haben einen Beweis von bona fides, von gutem Willen, gegeben und wir sind in der Achtung der Welt gestiegen. Wir wollen uns unseren Feinden von gestern nicht als Beispiel hinstellen, aber was wir vor 53 Jahren getan haben, das — glauben wir — können sie heute versuchen. Können sie sich nicht dazu entschließen, dann werden sie uns zwingen, ihnen gegenüber die Drohung zur Ausführung zu bringen, die sie damals an uns gerichtet haben: Bezahlt oder wir bleiben!

Zu dieser Rede schreibt der „Temps": „In der Warnung, die Poincaré an Deutschland gerichtet habe, sei noch ein Gedanke enthalten, der die beste Rechtfertigung für die französische Politik darstelle. Deutschland zu sagen: Bezahlt oder wir bleiben, das heiße ihm auch sagen: **Wir werden abziehen, wenn ihr bezahlt.** So stellt das feierliche Wort, das der Leiter der französischen Regierung gestern ausgesprochen habe, von neuem jene gehässige Verleumdung in Abrede, nach der Frankreich nicht die Absicht gehabt hätte, seine Reparationen einzutreiben, sondern fremdes Gebiet wegzunehmen.

•

Soweit die vorstehende Rede des französischen Ministerpräsidenten oft Gesagtes wiederholt, haben wir uns nicht mit ihr zu beschäftigen. Neu in Poincarés Munde ist allerdings der Vergleich mit 1871. Dieser Vergleich beweist den durch und durch unhistorischen Sinn des großen politischen Advokaten am Quai d'Orsay. Poincaré sagt, das Gleiche, was wir Franzosen vor 53 Jahren geleistet haben, das können die Deutschen heute auch versuchen. Dazu ist folgendes zu bemerken: Frankreich ist nach einem noch nicht einjährigen Kriege eine Kriegsentschädigung von fünf Milliarden auferlegt worden. Deutschland soll nach einem mehr als 4jährigen Kriege, also nach einer unermeßlichen Schwächung seiner Wirtschafts- und Volkskraft heute noch mehr als 50 Milliarden zahlen, obwohl es bereits an Schiffen, Eisenbahnmaterial, Kolonien, Holz, Vieh, sonstigem Kriegs- und Friedensmaterial, Kohlen, Kali, Stickstoff und anderen Dingen ein ungefähr 20faches des Wertes der französischen Kriegsentschädigungssumme von 1871 abgeliefert hat. Frankreich ist 1871 Elsaß-Lothringen abgenommen worden. Deutschland hat 1919 Elsaß-Lothringen, die größten Teile Polens und Westpreußens, Teile Ostpreußens, das Memelland, Teile Oberschlesiens, die ganze Produktion des Saarlandes und außerdem Nordschleswig abtreten müssen. Der Vergleich Poincarés beweist also seine ganze geschichtliche Unkenntnis. Deutschland ist mit Vergnügen bereit, sich das Frankreich von 1871 zum Vorbild zu nehmen. Wenn es nur darum ginge, wäre seine Kriegsschuld durch das an Sachwerten bisher Geleistete schon längst bezahlt. Wie wenig Frankreichs Finanzkraft durch den Krieg von 1870/71 und die anschließenden Forderungen des preußischen Militarismus geschwächt war, geht aus der Tatsache hervor, daß die nach Friedensschluß von der französischen Regierung zur Bezahlung der Kriegsschuld aufgelegte internationale Anleihe in kürzester Frist wegen Uebergeichnung geschlossen werden mußte. Ein Beweis dafür, daß die Friedensbedingungen Bismarcks dem französischen Kredit keinen nennenswerten Schaden zufügten. Der Kredit Deutschlands ist aber durch die unerfüllbaren Bedingungen des Versailler Vertrages und durch die unsinnige Sanktions- und Besatzungspolitik auf Null reduziert, so daß die Londoner Bankwelt schon vor der Genueser Konferenz in aller Oeffentlichkeit definitiv erklärte, daß Deutschland keine internationalen Kredite erhalten kann, solange die gegenwärtige Reparationspolitik auf ihm lastet. Wir können noch eine ganze Reihe von Argumenten dafür anführen, daß der Vergleich mit 1871 zuungunsten des Herrn Poincaré ausfällt. Doch damit genug für heute.

Wesentlich erscheint uns jedoch noch der Passus: „Bezahlt oder wir bleiben!" Dieser Satz wird vom offiziösen „Temps" aufgegriffen, und zu der feierlichen Versicherung umgedeutet, daß es Frankreich nicht auf Annexion fremden Gebietes sondern auf Bezahlung ankomme. Der Kernpunkt liegt jedoch darin, daß die Gefahr der Beschlagnahme deutschen Landes auch nach Poincaréscher Auffassung so lange besteht, wie derselbe Herr Poincaré an Deutschland Forderungen stellt, die niemals erfüllt werden können. Solange aber nicht restlos erfüllt ist, bleibt der französische Militarismus im Lande. Da wir nun der Ueberzeugung sind, daß der Versailler „Vertrag" in seinem ganzen Umfang nie wird erfüllt werden können, Poincaré aber auf seinen Schein ohne Wenn und Aber besteht, wäre die dauernde Besitzergreifung deutschen Gebietes das Ziel und die Notwendigkeit der imperialistischen Politik Frankreichs.

Immerhin läßt sich an die letzte Poincarésche Aeußerung anknüpfen. Und da Stresemann die Unversehrtheit deutschen Territoriums in seiner jüngsten Rede höher gestellt hat als die Unversehrtheit der deutschen Vermögenssubstanz, so ist anzunehmen, daß über den Weg einer Verpfändung substantieller und produktiver Werte Deutschlands die Kreditfrage so gelöst wird, daß die französischen Geldforderungen, über deren Höhe Poincaré scheinbar neuerdings zu reden bereit ist, realisiert werden können. Wie wir an anderer Stelle mitteilen, ist die Reichsregierung bereits auf dem Wege der aktiven Verständigung. Hoffen wir, daß ihr diese wichtigste Aktion bald gelingt, und daß sie zum Segen des schwer um seine nackte Existenz ringenden schaffenden deutschen Volkes ausschlägt.

Die Kommunisten bekennen sich öffentlich zur Lüge.

Die Lüge in der Tageszeitung eine „reale Notwendigkeit".

In einem von der Berliner „Roten Fahne" veröffentlichten Aufruf der „Inprekorr", der Pressekorrespondenz der bolschewistischen Internationale, heißt es wörtlich:

„Die Kommunisten aber lügen nicht. Sie lügen nie. Denn die Lüge als bewußtes Kampfmittel benutzen, wie es die Kommunisten in den Tageszeitung tun, ist keine Lüge, sondern eine verfluchte (wirklich „verflucht") reale Notwendigkeit. Die Lüge beginnt erst beim Selbstbetrug."

Arbeiter, versteht ihr nun die grenzenlos verlogene Hetze des Halleschen „Klassenkampf" und seiner Gesinnungsorgane? Hier ist das Eingeständnis, daß der Rat aus Moskau, mit allen Mitteln — auch dem der Lüge und des Betruges — gegen die Sozialdemokraten vorzugehen, von der deutschen kommunistischen Presse wirklich befolgt wird. Mit größerer Schamlosigkeit hat sich noch nie eine Partei zum Prinzip der Lüge und des Betruges bekannt, als diese Partei, die sich eine marxistische nennt! Dabei hat niemand mehr wie Karl Marx gegen die Lüge gekämpft. Jahrzehntelang war und ist auch noch heute die Sozialdemokratische Partei, die Vertreterin der marxistischen Ideen in Deutschland, stolz auf ihren mit der scharfen Waffe der Wahrheit geführten Kampf gegen den Volksbetrug und die Belügung des Volkes.

Und Ihr deutschen Arbeiter laßt Euch belügen und betrügen, weil Moskau es will? Ihr glaubt immer noch Menschen, die selbst erklären, daß sie Euch belügen und betrügen? **Ohne Selbstachtung muß der Arbeiter sein, der nach diesem schmählichen Bekenntnis zur Lüge noch den Kommunisten nachläuft.**

Ein politisches Attentat.

Der frühere bulgarische Gesandte in Prag ermordet.

Prag, 27. August (WTB.)

Die Polizeikorrespondenz meldet: Am Sonntagvormittag wurde in Prag-Smichow der frühere bulgarische Gesandte in Prag, Raiko Daskaloff, der sich in Begleitung des Dr. Iwan Bojadeff befand, von dem 26jährigen Athanaff Mikoloff aus Sofia durch vier Revolverschüsse tödlich verletzt. Bojadjeff wurde leicht verletzt. Der Täter ist verhaftet. Daskaloff ist im Sanatorium bei der vorgenommenen Operation der Verletzung erlegen.

Die Sonntag-Ausgabe der „Roten Fahne" beschlagnahmt. Auf Anordnung des Polizeipräsidiums in Berlin ist die Sonntag-Ausgabe der „Roten Fahne" beschlagnahmt worden. Der Beschlagnahme liegt ein Vergehen gegen das Gesetz zum Schutz der Republik zugrunde. In einem Sonderblatt teilen der Verlag und die Redaktion der „Roten Fahne" ihrer Leserschaft das Verbot mit und beschuldigen die „Regierung Stresemann-Hilferding-Sollmann-Robert Schmidt" des Verbotes. In Wirklichkeit hat die Reichsregierung mit der Beschlagnahme des kommunistischen Zentralorgans nicht das geringste zu tun.

Trotzalledem.

Fort mit Havenstein!

Für den vergangenen Sonnabend hatte Havenstein den Zentralausschuß der Reichsbank nach Berlin zusammenberufen, um sein zukünftiges Programm zu entwickeln, das wie eine vollkommene Kapitulation vor den Plänen der Reichsregierung aussieht. Der Mann, der bisher diese Pläne für sinnlos hielt, erkennt plötzlich ihre Richtigkeit an und schlußfolgert aus diesem Umfall, daß er nunmehr berechtigt sei, weiterhin Präsident der Reichsbank zu spielen.

Havenstein dürfte mit dieser Auffassung ebenso alleinstehen wie früher mit seiner widersinnigen Kredit- und Finanzpolitik! Einem Leiter des Zentralnoteninstituts, der sich monatelang gegen alle positiven Maßnahmen zur Eindämmung der Währungskatastrophe sträubte, ohne selbst einen positiven Gedanken aufzubringen, der nicht die Voraussicht besaß, die Entwicklung der Verhältnisse frühzeitig zu erkennen und entsprechend zu handeln, kann heute kein vernünftiger, objektiv denkender Mensch mehr Vertrauen schenken. Monatelang hat die Sozialdemokratie um die Durchführung einer Stützungsaktion gekämpft; sie scheiterte vorerst an Havenstein, der aber dennoch, als es fast zu spät war, auf Wunsch der Regierung Cuno, die von Helfferich beeinflußt wurde, die Stützungsaktion lediglich durchführte, um der Katastrophe nicht gar zu schnellen Lauf zu lassen, sie dann aber dank eigener Unzulänglichkeit und Unfähigkeit ebenfalls bald wieder zum Scheitern brachte. Mit welchem Widersinn hat der gleiche Reichsbankpräsident die wertbeständige Anleihe bekämpft, um sie dann ein Jahr später selbst durchführen zu müssen, und wie hat er sich der Heraufsetzung des Diskontsatzes und dem Uebergang zum Goldwechsel widersetzt? Statt dem Volke zu dienen, hat er der Schwerindustrie immer und immer wieder Papiermarkkredite gegeben, die zum Kauf von Devisen und wertbeständiger Ware benutzt wurden und nach Monaten erst in entwerteter Mark zurückgezahlt werden. Gewiß hat Havenstein recht, wenn er behauptet, daß die Wechselkredite der Reichsbank im Augenblick nur 100 Millionen Goldmark ausmachen. Er hat aber vergessen, hierfür die nähere Begründung zu geben. Sie ist darin zu suchen, daß die Reichbank viele hundert Millionen an Goldmark in Banknoten herausgegeben hat und während der Zeit, bis diese Goldmark in Papier zurückgezahlt werden sollen, der ganze Betrag auf eine minimale Summe zusammengeschrumpft ist. So wurde die Kaufkraft aller derjenigen vermindert, die zwangsmäßig Havenstein-Rubel als Geld annehmen mußten, während die Schwerindustrie bei der Not des Volkes, dank der Politik Havensteins, heute in Devisen schwimmt. Unter diesen Umständen verlohnt es keineswegs, noch auf das jetzige Programm des verschwindenden Reichsbankpräsidenten einzugehen, das in Wirklichkeit nicht sein Programm ist und das im übrigen auch mit Rücksicht auf die kommenden Ansprüche an die Reichsbank schon heute als völlig unzulänglich zu betrachten ist.

Ein Mann, der nach sachverständiger Berechnung mindestens eine Milliarde durch seine Kreditwirtschaft aus den Taschen der Arbeiter und Rentner herausgeholt hat und die Schwerindustrie um diesen Betrag bereicherte, kann nie und nimmermehr auch bei den schönsten Reformplänen das Vertrauen der Mehrheit des Volkes zurückgewinnen. Vertrauen im Volke, bei der Reichsregierung und in der Welt sind aber unzulängliche Voraussetzungen für eine erquickliche, im Interesse des Landes bestehende Tätigkeit eines Reichsbankpräsidenten. Aber auch bei der Reichsregierung und in der Welt hat Havenstein sich jedes Vertrauen verscherzt. Sein Kampf gegen eine vernünftige Währungspolitik galt in erster Linie auch dem jetzigen Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, der als Mitglied des Reichswirtschaftsrates immer wieder für entschiedene währungspolitische Reformmaßnahmen eingetreten ist. Auf ihn nimmt Havenstein ohne Namensnennung in seiner letzten Rede Bezug, um trotzdem aber weiterhin in der Einbildung zu leben, daß es möglich ist, mit dem verhaßten Mitglied des Reichswirtschaftsrates Dr. Hilferding weiterhin zusammen zu arbeiten, nachdem er inzwischen Reichsfinanzminister geworden ist. Nein, Herr Havenstein, zur Bekleidung des höchsten Amtes im deutschen Zentralnoteninstitut gehören mehr Fähigkeiten und bessere Charaktereigenschaften, gehören Voraussicht und Mut, auch dann einzugreifen, wenn es der Schwerindustrie und dem Spekulantentum nicht gefällt. In Ermangelungn dieser Fähigkeiten ist es besser, selbst den Weg zu gehen, den man sonst durch Aenderung des Autonomiegesetzes im Reichstag trotz der Sonnabend-Rede gegangen wird. Das Urteil des Volkes und der Regierung ist unabänderlich: Fort mit Havenstein, so schnell wie möglich!

Wie stark die Stellung Havensteins in seinem eigenen Tätigkeitskreise erschüttert ist, geht aus folgender Darstellung hervor:

Am Sonnabend hat bereits in allen Reichsbankstellen Deutschlands eine Abstimmung über die Durchführung eines Streiks stattgefunden, der geplant ist, **falls Havenstein sich nicht zur Zurücknahme der Maßreglung des Betriebsrates Großmann entschließt.** Das zahlenmäßige Ergebnis dieser Abstimmung wird erst heute, Montag, bekanntgegeben; aber schon jetzt ist zu sagen, daß die Mehrheit der Bankangestellten ihre Sympathie für Großmann bekundete. Auch die Betriebsräte und Funktionäre des graphischen Gewerbes in Berlin haben am Sonnabend ihre Solidarität mit den gemaßregelten Angestellten der Reichsbank zum Ausdruck gebracht. Nach einem Referat des Vorsitzenden Marx vom Allgemeinen Deutschen Bankangestelltenverband wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die am Sonnabend, dem 25. August, im Gewerkschaftshaus versammelten Betriebsräte und Funktionäre des graphischen Gewerbes fordern die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, die Arbeiterparteien und das Reichskabinett auf, dafür zu sorgen, daß die Maßreglung des Betriebsratsvorsitzenden Großmann von der Reichsbank binnen drei Tagen zurückgezogen wird. Inzwischen verpflichten sich die Funktionäre, für die Aufklärung

Vormittags 10 Uhr: Dollar 6 000 000.

Tendenz: Fest.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230827-12/fragment/page=0001
DFG

... ihren streikenden Betriebsbelegschaften zu sorgen, damit der Widerstand der Reichsbank nötigenfalls durch unverzüglich zu ergreifende schärfere Maßnahmen gebrochen wird. Der Gruppenrat wird beauftragt, zu diesem Zweck nötigenfalls sofort eine Versammlung der gesamten, mit dem Notendruck beschäftigten Betriebsbelegschaften einzuberufen.

Diese Sympathiekundgebung zeigt die ernsten Gefahren, die für unser Wirtschaftsleben erneut bevorstehen, wenn Havenstein seine Maßregelung aufrecht erhält. Bereits jetzt ist die Ueberarbeit und Sonntagsarbeit in den Notendruckereien als Quittung für die Personalpolitik des Reichsbankpräsidenten eingestellt worden. Für Mittwoch sind in Berlin große Protestversammlungen in Aussicht genommen. Es scheint überhaupt, daß die Bewegung jetzt nicht mehr einzuhalten ist, bevor Havenstein aus der Reichsbankleitung verschwunden ist. Trotz allen Widerstandes dürfte sich Havenstein durch seine Personalpolitik selbst das Grab gegraben haben!

Die am Sonnabend im Reichsarbeitsministerium wiederaufgenommenen Vermittlungsverhandlungen sind vorläufig ergebnislos verlaufen; sie sollen heute fortgesetzt werden.

Notwendige Aenderung.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:

In den letzten Tagen der vergangenen Woche erlebten wir erneut eine sprunghafte Steigerung der Preise. Am Donnerstag, den 23. August, war nämlich mit einem Schlag die Kaufkraft des deutschen Volkes um die gewaltige Summe von 100 Billionen Mark vermehrt worden. An diesem Tage bezogen die Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiter ihre Teuerungsbezüge. Die Wirkung, die sich dabei einstellte, enthüllte mit einem Male die völlige Unhaltbarkeit der bisherigen Regelung der Beamtenbezüge.

Nach dem Beamtenbesoldungsgesetz haben diejenigen Beamten Anspruch auf vierteljährliche Vorauszahlung ihres Gehaltes, die sich dieses auf Konto überweisen lassen. In einer Zeit der Markentwertung, wie sie Deutschland seit langem erlebt, macht die übergroße Mehrheit der Beamten natürlich Gebrauch von dieser Begünstigung. Darüber hinaus aber gewährt ein „Abkommen zur Erhaltung des Lohnwertes“ vom 19. d. Js. die Teuerungszuschläge für jeweils kurze Fristen. Dieser Zustand, gleichzeitig Vierteljahrsvorauszahlungen und Teuerungszuschläge zu zahlen, ist fast mehr als verantwortungslos. Bisher wurde die erste Julimark einfach der Septembermark gleichgesetzt, während die zwei Monate zurückliegende Vorauszahlung selbstverständlich mittels eines Index umgerechnet werden mußte auf den dritten Monat des Quartals. Dieses Verfahren der Nachzahlung hat das Reichsfinanzministerium des Herrn Hermes beliebt, weil es in Uebereinstimmung mit der Reichsbank die Auffassung vertrat, daß der Beamte bisher keine Möglichkeit hatte, seine Vierteljahrsvorauszahlung wertbeständig anzulegen. Wir sehen also dieselbe Finanzpolitik bei der Beamtenvorauszahlung wie bei der Kreditgewährung der Reichsbank; Wertbeständigkeit kannten Reichsfinanz und Reichsbank bisher in beiden Fällen nicht. Mit welch grenzenloser Naivität Havenstein das Reichsfinanzministerium bisher beriet, dafür ist folgende Tatsache charakteristisch: Bereits im Frühjahr kamen dem Reichsfinanzministerium Bedenken, ob die Vierteljahrsvorauszahlungen noch aufrechterhalten werden können. Diese Bedenken zerstreute die Reichsbank, indem sie den Standpunkt vertrat, daß, wenn die Beamtengehälter nicht vierteljährlich vorausgezahlt werden, eine noch größere Inflation eintrete. Die Reichsbank nahm also an, daß die Beamten ihre überwiesenen Gehälter auf dem Konto belassen. Eine größere Verkennung der tatsächlichen Vorgänge kann man sich nicht denken. Denn weder am 1. April noch am 1. Juli dachte auch nur ein Beamter daran — was ihm nicht zu verdenken war — sein Gehalt länger als 48 Stunden auf dem Konto entwerten zu lassen. Darüber könnte sich Herr Havenstein durch den jüngsten seiner Beamten belehren lassen. Sie alle fanden die Mittel und Wege, das Geld wertbeständig anzulegen, sei es in Waren, sei es in Effekten oder Devisen. Nur Herr Havenstein an der Spitze der Reichsbank und Herr Hermes an der Spitze des Reichsfinanzministeriums wollten von diesen Vorgängen nichts wissen, obwohl wir überzeugt davon sind, daß sie ähnlich gehandelt haben.

Was sich bei der letzten Gehaltszahlung am 23. August abspielte, überbot jedoch alles bisher Dagewesene. Am 31. Juli hatte Hermes noch eine Verfügung erlassen, nach der vor Beginn des zweiten und dritten Monats im Quartal die Gehaltsempfänger wieder im voraus die Beträge für die betr. Monate erhalten, die nicht schon vorausgezahlt sind. Aus kassentechnischen Gründen wurden diese zweiten Vorauszahlungen mit der am 23. jeden Monats fr die zweite Monatshälfte fällige Nachzahlung — für die erste Hälfte erfolgt sie am 8. des Monats — verbunden. Nachdem die Beamten im Monat August am 8. eine Nachzahlung in der Höhe der Differenzen von 574 zu 1760 Prozent des Teuerungsindex und am 15. August eine Vorauszahlung auf die Teuerungszulagen für die zweite Augusthälfte erhalten hatten, erfolgte am 23. August eine wahre Ueberschüttung mit Millionen, zum großen Erstaunen der Mehrheit der Beamtenschaft selbst. An diesem 23. August erhielten sie nämlich die restliche Teuerungszulage für den August und außerdem die gesamte voraussichtliche Teuerungszulage für den Monat September. Um welche Summen es sich dabei handelt, kann man ermessen, wenn man hört, daß z. B. auf einen Beamten der Klasse XII mehr als 500 Millionen Mark entfielen. Bei der ungeheuren Zahl von Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten darf man sich nicht wundern, wenn der Gesamtbetrag, der am Donnerstag der vergangenen Woche zur Ausschüttung kam, sich auf rund 100 Billionen belief. Diese Summe macht ungefähr ¾ des gesamten Steueraufkommens aus den letzten Steuergesetzen aus, und mehr als den bisherigen Zahlungsmittelumlauf und die gesamte schwebende Schuld.

Die Fortsetzung eines solchen Besoldungsverfahrens ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit. Denn diese Flut von Papiermark, an einem Tag ins deutsche Volk geschleudert, bedeutet eine ungeheure Vermehrung der Inflation und auf der anderen Seite durch den gewaltigen plötzlichen Ansturm auf dem Markte ein wahnsinniges Emporschnellen der Preise, zum allergrößten Schaden der nichtbeamteten Bevölkerung, die sich nicht einzudecken vermag. Wir sind die letzten, die der Beamtenschaft ein auskömmliches Lebensverhältnis nicht wünschen. Aber schließlich dient die Abänderung der bisher üblichen Besoldungsart nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch der Beamtenschaft, die sich ebenfalls überlegen sollte, daß es besser ist, noch auf Jahre hinaus leben zu können, statt durch unmögliche Besoldungsverhältnisse den Staat vollkommen zu ruinieren und dann in absehbarer Frist brotlos zu sein.

*

Wir sind fest davon überzeugt, daß die Mehrheit der Beamten viel zu gute Staatsbürger sind, um nicht einzusehen, daß eine volkswirtschaftlich ruinierende Besoldungspolitik schließlich gegen die Beamten selbst ausschlagen würde, indem sie die Zahlungsfähigkeit des Staates über kurz oder lang erledigte und den Beamten tatsächlich zur Brotlosigkeit verurteilte. Die republikanische Beamtenschaft weiß zudem, daß sie nicht einmal ein Opfer bringt, wenn sie sich der Einkommensbedingungen der großen Mehrheit der Volkes einordnet.

Stresemann bei Knilling.

Zweierlei Empfang durch die bayerische „Staatszeitung“.

München, 26. August. (Eig. Drahtbericht.)

Reichskanzler Stresemann ist am Sonnabendvormittag in München angekommen, wo er am Bahnhof von einem Vertreter der bayerischen Regierung empfangen wurde. Er fuhr sofort im Auto weiter nach Mittenwald zum Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Knilling. Am Sonnabendabend fährt der Reichskanzler wieder nach Berlin zurück. Das offizielle Organ der bayerischen Regierung, die „Staatszeitung“, begrüßte den Kanzler mit folgenden Ausführungen:

„Wir in Bayern wollen nur eins, die Rettung unseres Vaterlandes und die Erhaltung der Einheit des Deutschen Reiches. Das bayerische Volk beseelt nur ein Sehnen, das Sehnen nach dem Mann, der das Vaterland aus seiner jetzigen wirtschaftlichen und politischen Not herausführt. Wer der Mann ist, welcher Partei er angehört, ist im Grunde gleichgültig.“

Wie dieses hochtönende nationale Bekenntnis in Wirklichkeit einzuschätzen ist, ergibt sich am besten aus folgendem Satz im gleichen Begrüßungsartikel: „Innenpolitisch wird es vor allem darauf ankommen, daß es Stresemann gelingt, seinen Standpunkt durchzusetzen gegenüber der anderen Seite im Kabinett.“ (Damit sind die Sozialdemokraten gemeint). Daß diese zur Schau getragene Objektivität nur eine Unaufrichtigkeit ist, erkennt man aus dem Kommentar, den dieselbe „Staatszeitung“ vor einigen Tagen an den bekannten, teilweise gegen das Reich gerichteten Aufruf der bayerischen Regierung an ihr Volk geknüpft hat. Dort steht schwarz auf weiß, was die Regierung Knilling alles von Stresemann erwartet und zum Schluß heißt es: „Wenn die Reichsregierung die Spuren des bayerischen Ministerpräsidenten wandeln würde, würde Deutschlands Not bald ein Ende haben.“

Wie die Spuren des bayerischen Ministerpräsidenten aussehen, davon legt folgende uns ebenfalls aus München zugehende Mitteilung Zeugnis ab:

Die Vorgänge am 1. Mai in München sind immer noch Objekt der bayerischen Innenpolitik. Das beweist ein Rundschreiben, das das Oberkommando der Hitlerschen Sturmabteilungen vor kurzem zur Information an die Unterführer im ganzen Land verbreiten ließ und das den Vorhang etwas lüftete, den die Regierung Knilling vor ihr Verhältnis zu den rechtsbolschewistischen Verbänden gezogen wissen will. Das Rundschreiben bestätigt einwandfrei, daß die Regierung damals lediglich auf Grund der wiederholten Vorstellungen der Vaterländischen Verbände die sozialdemokratische Maifeier Einschränkungen unterworfen hat. Nun hielten die Kampfverbände die Gelegenheit für günstig, ihrerseits das Feld zu beherrschen und ließen ihre gesamten Kompagnien der Hitlerschen Sturmtrupps, der „Reichsflagge“ und des „Bundes Oberland“ aufmarschieren, wozu „Waffen gefaßt“ wurden, und zwar auf Grund ihrer trefflichen Beziehungen zur hiesigen Reichswehr. Dadurch fühlten sich allerdings weniger die Festteilnehmer bedroht, als die Regierung Knilling selbst, die in der Angst um ihren Bestand sich schleunigst aufraffte und erreichte, daß die Kampfverbände die Waffen wieder niederlegten und teilweise abgaben. Zurzeit ist immer noch der Staatsanwalt damit befaßt, das bedrohliche Verhalten der Kampfverbände am 1. Mai zu untersuchen und insbesondere aufzuklären, auf welche Weise sie damals so schnell zu Waffen kamen — es waren auch Geschütze (!) darunter — und wieviel von diesen Waffen die Herrschaften unterschlugen.

Stresemanns und Knillings „grundsätzliche Uebereinstimmung“.

München, 26. August. (WTB.)

Zum Bericht des Reichskanzlers Dr. Stresemann wird amtlich mitgeteilt: Der Reichskanzler hat anläßlich seines persönlichen Besuches beim bayerischen Ministerpräsidenten Gelegenheit genommen, die wichtigsten Fragen der äußeren und der inneren Politik, insbesondere auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern eingehend zu besprechen. Im Vordergrund standen bezüglich der inneren Politik Erörterungen über die wirtschaftlichen Maßnahmen, die angesichts der augenblicklichen Notlage unverzüglich getroffen werden müßten. Dabei wurden in grundsätzlicher Uebereinstimmung die Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen dem Reich und Bayern erneut festgelegt.

*

Wir werden abwarten, wie sich die „grundsätzliche Uebereinstimmung in Zukunft praktisch auswirken wird.

Die Notverordnung über die Ablieferung von Devisen.

Strafen bis zu zehn Jahren Zuchthaus. – Vor weiteren währungs- und finanzpolitischen Maßnahmen. – Einleitende Schritte zur Herbeiführung einer Verständigung mit Frankreich

Die Reichsregierung hat nunmehr die Notverordnung über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände veröffentlicht. Die Verordnung geht von der Brotabgabe aus und verpflichtet die Erwerbsgesellschaften, also alle Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, für je 10 000 Mk. Brotabgabe für das Wirtschaftsjahr 1923/24 den Gegenwartswert von zwei Goldmark gegen Goldanleihe zu zahlen. Alle übrigen natürlichen juristischen Personen, Personenvereinigungen und Vermögensmassen müssen bis zum 15. September den Gegenwert von einer Goldmark in ausländischen Zahlungsmitteln, anderen ausländischen Werten oder diesen gleichgestellten Werten abliefern, soweit ihnen in der Zeit vom 10. bis 20. August 1923 ausländische Vermögensgegenstände oder dergleichen gehört haben. Da die Freigrenze bei 10 Goldmark gezogen ist, sind Erwerbsgesellschaften, die bis zu 50 000 Mk. Brotabgabe gezahlt haben, und andere Steuerpflichtige, die bis zu 100 000 Mk. Brotabgabe zahlten, von der Ablieferungspflicht befreit. Alle übrigen Steuerpflichtigen können sich von der Devisenablieferungspflicht nur durch die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung befreien. Aus dieser Versicherung muß hervorgehen, welche ausländischen Vermögensgegenstände sich in der Zeit vom 10. bis 20. August 1923 in dem Vermögen des Steuerpflichtigen befunden hatten und was er nach dem 31. Juli 1923 an Devisen veräußerte. Durch Einsicht in die Bücher und Betriebe können die eidesstattlichen Versicherungen nachgeprüft werden. Wer die vorgeschriebene Erklärung verweigert oder nicht rechtzeitig abgibt, oder wer auf wiederholte Vorladung nicht erscheint bzw. die Prüfung von Büchern und Betrieben nicht gestattet oder behindert, wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren ohne Beschränkung des Höchstmaßes der Geldstrafe bestraft. Wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben werden mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter einem Jahr und Vermögenskonfiskation bestraft. Für die bisherigen Verstöße gegen die Devisengesetze und die Verschleierung des Besitzes bei früheren Steuererklärungen gewährt die Verordnung eine Amnestie und erleichtert dadurch die Abgabe richtiger Erklärungen.

Dem Ablieferungspflichtigen ist eine Anrechnung des veräußerten Betrags auf die von ihm jährlich zu zahlenden Steuern gestattet. Freigestellt ist ihm auch, ob er als Gegenwert der von ihm gegebenen Devisen Goldanleihezeichnungen vornehmen will, oder ob er sie an das Reich gegen Mark zum Dollarkurs verkauft oder sie schließlich auf einem wertbeständigen Steuerkonto gutschreiben läßt. Eine gewisse Begünstigung der letzten Verrechnungsart gewährt die Verordnung dadurch, daß sie bei einer Ablieferung bis zum 5. September 1923 auf je 100 Mk., die eingezahlt werden, noch eine Vergütung von 25 Mk. gewährt. Die Verordnung ist mit sofortiger Wirkung rechtskräftig.

Dazu wird uns noch mitgeteilt:

Es ist ganz selbstverständlich, daß die neue Verordnung nur eine Teilmaßnahme der einzuleitenden Schritte zur Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist. Der Reichsfinanzminister ist sich darüber durchaus im klaren und beabsichtigt schon in aller Kürze weitere Maßnahmen durchzuführen. Vor allem wird zunächst eine Aenderung in der Beamtenbesoldungspolitik (s. an anderer Stelle. D. Red.) eintreten, der weitere währungs- und finanzpolitische Maßnahmen folgen sollen. Die Vorarbeiten sind bereits im Gange und dürften bald so weit abgeschlossen sein, daß sie den gesetzgebenden Körperschaften zur Beratung vorgelegt werden können. Außerdem aber ist das Reichskabinett davon überzeugt, daß auf die Dauer alle Notverordnungen in währungs- und finanzpolitischer Hinsicht aussichtslos sind, wenn Deutschland nicht in außenpolitischer Beziehung eine Erleichterung erfährt. Die Regierung wird deshalb mit Entschiedenheit ihre Politik der Verständigung fortsetzen und

Rückt ab vom bürgerlichen Roman!

Von Werner Schumann.

Obwohl wir uns nicht alle Folgerungen unseres Mitarbeiters, des Genossen Werner Schumann, zu eigen machen, bringen wir den Aufsatz wegen seiner berechtigten Kritik am herkömmlichen Roman und der bedauerlichen Vorliebe des Arbeiters für Erzeugnisse der Art zum Abdruck. Die Schriftleitung.

Warum muß dieser Ruf immer und immer wieder hinausgehen? Antwort: Weil der Arbeiter und die Arbeiterfrau noch immer bedenken- und kritiklos die schmierigsten bürgerlichen Tendenzromane lieber lesen als die Schöpfungen derer, die das Fühlen und Handeln des Lohnsklaven kraftvoll gestaltet haben.

Der Gründe für diese tiefbedauerliche Erscheinung gibt es vielerlei. Einer ist der, daß der einfache Mann des Volkes die Lektüre bevorzugt, die an seine Denktätigkeit, an seine eigene gefühls- und gedankenmäßige Mitarbeit die geringsten Ansprüche stellt. Das ist ein zwar trauriges, aber, unter Berücksichtigung der ungeheuerlich mangelhaften, oft grundverkehrten häuslichen und Schulerziehung, immerhin verständliches Manko. Doch bedenklicher muß es stimmen, wenn man weiß, wie die Mehrzahl der Proletarier, dieser leidenden, ausgebeuteten, sklavisch unterdrückten, nur geduldeten Menschen die sentimentale Rührseligkeit des Bourgeois-Romans geradezu liebt. Wie das Proletentum, dem schon von Kindesbeinen an das Gift der bürgerlichen Gedankenwelt in all ihrer hahnebüchenen Verlogenheit, ihrer verdrehten Rechts- und Gesellschaftsauffassung, ihrem Autoritäts- und Uebermenschen-Wahnsinn ausgiebig und systematisch (darin ist der „herrschende“ Bürger gründlich!) eingeimpft wurde, wie das Proletentum an den Liebes- und Leidensgeschichten flachköpfiger Spießer, vertrottelter Väter, verträumter aber keuscher Jungfrauen, die anfangs immer unglücklich lieben, danach aber selig in die Arme des Einzigen sinken, mit ehrfürchtigen Schauern anteilnehmen; wie die abgeschufteten, mit hundert Sorgen täglich gequälten proletarischen Frauen, die Mädchen, der man die Blüte ihres Lebens in den Arbeitssälen der industriellen Zuchthäuser raubt, wie diese Frauen ihre wenigen Freistunden mit dem Schmökern von sog. „Romanen“ anfüllen, in denen der elendeste Familienkram ihrer Peiniger zu einer menschlichen Tragödie gestempelt wird. Denn es sind fast ausschließlich die Repräsentanten der dem Arbeiter feindlichen, direkt oder indirekt herrschenden Klasse, die als „Helden“ in der Bourgeois-Literatur fungieren, sich um Besitz und Vorrecht, Kind und Kegel hin- und herzerren, deren Rechte, Pflichten und Standesbewußtsein der Romanschreiber mit dem pfäffischen Ernst der Ueberzeugung verkündet. „Trautes Heim, Glück allein“, „Ueb' immer Treu und Redlichkeit“, „Wenn du noch eine Mutter hast“, „Unser täglich Brot gib uns heute“ — das ist das moralische Resultat jener Allerweltsschreiberei, die die große Lüge unseres gesellschaftlichen, familiären, künstlerischen, kirchlichen und ökonomischen Lebens literarisch zu rechtfertigen versucht. Dann und wann fließen auch im schönen Gang der Handlung Tränen des Mitleids über die Not der Armen; doch, ach, es sind Krokodilstränen! Der Einfältige weint um die Ungerechtigkeit, weiß sich aber nicht zu helfen; der Dumme beklagt sich, doch sieht er ja endlich ein, daß diese Ordnung eine gottgewollte sei, weil nicht jeder wohlhabend sein könne; der Schwärmer will ernstlich reparieren, da erklärt ihn die Gesellschaft für verrückt, er endet als lächerliche Figur. Was soll uns dieser Schwindel! Was soll uns diese in Jahrhunderten herangezüchtete, heute von Millionen und aber Millionen als der Weisheit letzter Schluß hingenommene Blasphemie, diese falsche Heiligsprechung der Armut!

Aber ich will nicht ungerecht sein. Neben der gedanken-, gewissen- und talentlosen Romanschreiberei eines ruhmsüchtigen literarischen Klüngels gibt es hochpotenzierte Schriftstellerei, bürgerliche Dichter von Rang, Wissen und Weite des Gefühls, kurzum Qualität. In Gerhart Hauptmanns „Webern“ gewittert die Empörung der bis auf die Knochen Ausgehungerten bis zum endlichen Exzeß. Nietzsche entlarvte mit niegehörter Kühnheit den sittlichen Misthaufen der Kulturmenschheit. Rainer Maria Rilke, der größte österreichische Lyriker, schreit nach Liebe und Verbrüderung. Richard Dehmel klagt, ein wilder und starker Dämon, den Krieg, den Kriegsverbrecher an. Wedekind haßt den Spießer, Karl Sternheim malt mit schneidender Schärfe den gemästeten Schieber, den Auch-Sozialisten, die Parasiten der Gesellschaft. Tönend dramatisiert Georg Kaiser (Verfasser von „Gas“, „Koralle“, „Bürger von Calais“) den neuen, besseren Menschen. Und es gibt größere: Goethe und Schiller, Shakespeare und d'Annunzio, Dostojewski und Flaubert. Wohl stockt der Schlag unseres Herzens, wenn wir uns miterlebend, vom überlegenen Genie gefesselt, in ihre Werke versenkten, wohl trommelte er schneller und aufrührerischer. Doch bis zum letzten, vollkommenen Erlebnis des Herzens und Verstandes gab es noch eine Kluft: die Klasse. Die größten der Literatur, und es existiert literaturhistorisch nur eine bürgerliche, sind Klassendichter. Dichter der Aristokratie und des Kleinbürgertums (Dostojewski), Dichter mit sich und Gott hadernder Intellektueller (Flaubert). Ihre (stets standesgemäße) Erziehung, ihre Umgebung und die besondere Art ihrer Verhältnisse waren entscheidend für die Intentionen zu ihren Schöpfungen. Sie waren unzufrieden, doch sie zogen nicht die letzten Konsequenzen, und es gab für ihren Ansturm gegen Recht, Gesetz, Autorität und die Henkersknechte der Autokratie eine natürliche Grenze, die sie nicht überschreiten konnten.

Bis vor einem Jahrzehnt wußten wir nichts von dem Roman des Proletariats. Heute kennen wir ihn. Wir kennen die Lüge. Krieg, Revolution, politische und langsam, aber unaufhörlich fortschreitende wirtschaftliche Umwälzung, haben die Massen der kopf- und handarbeitenden Sklaven nicht nur ökonomisch, sondern auch geistig in Bewegung versetzt. Das Klassenbewußtsein regt sich allenthalben mächtig und schwillt an gegen den Trug einer dekadenten Clique. Das heilige Gefühl der Empörung, der Rebellion des Herzens gebar den Arbeiterdichter. Er plaudert nicht mehr voll Rührseligkeit über die erotischen Geheimnisse jungfräulicher Mägdelein, er plappert nicht mehr um die Heiligkeit der Ehe wie ein Pfaffe ums Sterben in Christo, bar allen süßlichen Kitsches gestaltet er die Tragödie des Arbeiters, des produzierenden, werteschaffenden, also vor allen existenzberechtigten Menschen. Nichts mehr ist erheuchelt, übernommen und phantasiert, zwar grob und unendlich schlicht, doch das Tiefste erfassend: den Menschen. Unscheinbare Handlungen einer abstumpfenden Alltäglichkeit reihen sich aneinander, werden zum Manifest eines Märtyrerdaseins. Die Proletarierkinder der Großstadt, nie vom Sonnenschein berührt, nie von Blumen beglückt, stehen im Heiligenschein vor uns, wir stürzen vor ihnen aufs Knie.

In einem einzigen, wundervoll unbeholfenen Liebesbrief eines Fabrikmädchens packt uns die ungestillte Sehnsucht ihrer durchhärmten Nächte mehr als der ganze Liebeshimmel aufdrapierter, verzärtelter „Haustöchter“. Diese Romane sind voll von ungeweinten Tränen, von kargen, ungeachteten Liebkosungen, von Hunger und kindisch-naiver Freude an „besseren“ Tagen, von Empörung und Demut, von Haß und Liebe. Sie beantworten sich selbst, weil mit nie geahnter, durch und durch ehrlicher Gewissenhaftigkeit die proletarische Einzelseele zerlegt wird vom Seziermesser eines Dichters. Es bedarf keiner sinnfälligen Gegenüberstellung von Völlerei und Hungertuch: Sie sind in sich flammende Anklage, vernichtendes Urteil. Denn was der eine gelitten, das haben sie alle erfahren müssen in tausendfachen Variationen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230827-12/fragment/page=0002
DFG

…knüpfen, daß der Ruhrkonflikt bald im Wege der Verhandlungen eine Lösung findet. Entsprechende Schritte sind bereits eingeleitet. Es ist zu erwarten, daß sich ihre Auswirkung bald zeigt und die Zeit nicht mehr allzu fern ist, wo das neue Reichskabinett nach einem überstandenen Ruhrkonflikt festen Grund unter den Füßen gewinnt, um dann zu endgültigen Reorganisationsmaßnahmen zu schreiten, die, tatkräftig durchgeführt, eine allgemeine wirtschaftliche Erleichterung insbesondere aber auch für die Arbeiterschaft erwarten lassen.

„Eine Schweinerei."

Die Gewinnquoten am Schweinefleisch.

Im „Laubaner Tageblatt" vom 22. August wirft der Gutsbesitzer Reichstein in Wünschendorf die Frage auf: Was wird an einem Schwein verdient und sind die Fleischpreise gerecht? Er beantwortet sie, wie folgt:

Vorige Woche verkaufte ich an Fleischermeister Gabriel in Wünschendorf ein 365 Pfund schweres Schwein, das Pfund mit 130 000 Mk. laut Breslauer Marktbericht — rund 47 500 000 Mk. für das Schwein.

Am Sonnabend wurde hier das Pfund Schweinefleisch mit 480 000 Mk. und das Pfund Speck mit 800 000 Mk. verkauft.

Rechnet man einen Schlachtverlust von 85 Pfund, was sehr selten vorkommt, so verbleiben 280 Pfund Fett, Speck und Fleisch. Davon rechnet man 100 Pfund Fett und Speck und 180 Pfund Fleisch.

Also: 100 Pfund Fett und Speck, je Pfund 800 000 Mark . . . . = 80 000 000 Mk.
180 Pfund Fleisch, je Pfund 480 000 Mk. . = 86 400 000 Mk.

Einnahme: 166 400 000 Mk.
Ab der Kaufpreis: 47 500 000 Mk.

Mithin Gewinn an einem Schwein: 118 900 000 Mk.

„Nun urteile ein jeder," schreibt Reichstein weiter, „ob die hohen Fleischpreise gerecht sind? Ausdrücklich bemerke ich, daß während dieser Zeit eine Geldentwertung nicht stattfand. Auch möchte ich nicht verfehlen die Steuerbehörde und Wucherkommission hierauf aufmerksam zu machen. Ich werde in Zukunft jedes Stück Vieh in meinem Hofe schlachten lassen und so der Bevölkerung zu billigem Fleisch verhelfen. Ich für meine Person bin mit dem erzielten Preise zufrieden, möchte aber nicht, daß sich der einzelne derart bereichert, sondern daß es der notleidenden Bevölkerung zugute kommt."

*

Da die Kommunisten bereits drei Bauern haben, die mit ihnen die Arbeiter- und Bauernregierung bilden wollen, so machen wir ihnen durch die vorstehende Veröffentlichung, die wir dem „V. T." entnehmen, auch noch einen vierten Bauern namhaft, der scheinbar nicht den Agrar-Wucher leiden kann und darum mit den Kommunisten zu regieren bereit wäre. Vielleicht setzt sich die KPD. mal mit dem Brandenburgischen Landbund in Verbindung, der sicherlich an Herrn Reichstein keine Freude hat und ihn deshalb gern aus seiner Organisation entlassen wird.

Den Kommunisten, die dann ihren vierten Bauern hätten, wäre insofern geholfen, als sie nunmehr ihr Kabinett bäuerlich quadratisch etablieren könnten.

Die Hauptfrage bleibt allerdings noch beantworten. Wird Herr Reichstein die Gesellschaft der Kommunisten der Gesellschaft des Landbundes vorziehen?

Ludendorff klagt.

Gegen den Vorwurf des „großen Kriegsverlängerers".

Die „Münchener Post" hat vor einiger Zeit von Ludendorff als dem großen Kriegsverlängerer gesprochen, weshalb „der Mann mit der blauen Brille" gegen unser Parteiblatt nunmehr gerichtliche Klage wegen verleumderischer Nachrede angestrengt hat. Dem Prozeß, der für Ende September angesetzt ist, dürfte große politische Bedeutung zukommen, da die beklagte Partei Männer wie den Prinzen Max von Baden, General Hoffmann, den österreichischen Generalfeldmarschall Hötzendorf und andere als Zeugen und Sachverständige laden lassen wird.

Zusammenkunft des englischen und französischen Ministerpräsidenten.

London, 24. August. (WTB.)

„Evening Standard" zufolge erörtert der Premierminister heute und morgen informell mit den in London anwesenden Ministern die französische Antwortnote. Wahrscheinlich werde sowohl Baldwin wie auch Curzon in Paris mit Poincaré zusammentreffen, um die Zweckdienlichkeit einer formellen Konferenz zu erörtern. Eine ins einzelne gehende Antwort auf die Note des französischen Ministerpräsidenten werde, wenn sie überhaupt erfolge, nicht erwartet, bevor Baldwin wieder nach London zurückgekehrt sei. Reuter zufolge soll bisher keine Entscheidung über die Frage eines Zusammentreffens der Ministerpräsidenten bei der Durchfahrt Baldwins durch Paris getroffen sein.

Neue französische Zollmaßnahmen.

Vorschiebung der Zollgrenze ins bisher unbesetzte Gebiet.

Frankfurt a. M., 25. August. (WTB.)

Die Franzosen haben gestern morgen 8 Uhr die Zollgrenze bis über die Strecke Kamberg—Eschhofer—Limburg hinausgeschoben, so daß die ganze Strecke von Höchst über Idstein und nach Limburg jetzt ins besetzte Gebiet fällt. In den Eisenbahnbetrieb haben die Franzosen vorläufig noch nicht eingegriffen, doch ist im Bahnhof Staffeln bereits ein Fahrplan angeschlagen worden, mit dem die Einrichtung einer direkten Linie Limburg—Höchst angekündigt wird.

Düsseldorf, 24. August. (WTB.)

In der Rheinischen Republik, dem Organ des Sonderbündlers Smeets, wird folgende bezeichnende Bekanntmachung veröffentlicht: 1. Alle Mitglieder der Sonderbündlergruppe werden ersucht, ihren Bedarf an Hausbrand dem Generalsekretariat anzumelden. 2. Alle Mitglieder werden ersucht, an das genannte Generalsekretariat ihre Lichtbilder zum Zwecke der Ausfüllung neuer Papiere, die besondere persönliche Vorteile gewährleisten, einzusenden.

Eine Versammlung von Eisenbahnern, die am 22. August im Essener Burggymnasium abgehalten wurde, wurde von französischen Kriminalbeamten überrascht. Bei dieser Gelegenheit wurden sechs Milliarden Mark fortgenommen. Auch wurden einige Personen verhaftet.

Achttägiges Zeitungsverbot. Die „Schlesische Arbeiterzeitung" ist auf Grund des Republik-Schutzgesetzes für die Dauer von acht Tagen verboten worden.

Die Mark wurden an der Neuyorker Nachbörse am Sonnabend mit einer Dollarparität von 5 263 157 bewertet.

Gewerkschaftsbewegung.

Stillegung von Betrieben.

Die Steuersabotage durch Lahmlegung der Produktion.

In letzter Zeit häufen sich wieder die Fälle, daß Unternehmer ihre Betriebe ganz oder teilweise schließen, sei es, daß sie die Arbeiter wegen Beteiligung am Generalstreik strafen wollen, oder daß sie behaupten, die tariflichen Löhne nicht mehr zahlen zu können, zumeist aber wohl, um sich der ihnen auferlegten Lohnsummensteuer zu entziehen. Es muß deshalb jetzt wieder einmal darauf aufmerksam gemacht werden, daß willkürliche Betriebsstillegungen gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen und strafbar sind. In Frage kommt hier die Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und -stillegungen vom 8. November 1920 (RGBl. 1920 S. 1901). Diese Verordnung schreibt vor, daß, bevor Betriebe ganz oder teilweise stillgelegt werden sollen, dies der zuständigen Demobilmachungsbehörde vier Wochen vorher mitgeteilt werden muß. Diese Mitteilung ist bei Betrieben mit in der Regel weniger als 200, aber mindestens 20 Arbeitnehmern dann zu machen, wenn durch Stillegung mindestens 10 Arbeitnehmer zur Entlassung kommen, bei Betrieben mit in der Regel mindestens 200 Arbeitnehmern dann, wenn durch die Stillegung 5 Prozent, jedenfalls aber mehr als 50 Arbeitnehmer zur Entlassung kommen.

Selbst dann, wenn die Stillegung infolge unvorhergesehener Ereignisse sofort getroffen werden soll, schreibt die Verordnung eine Anzeigepflicht vor; nur wird in solchem Falle die Anzeigefrist auf drei Tage verkürzt.

Innerhalb der festgesetzten Fristen darf ohne Genehmigung der zuständigen Demobilmachungsbehörde eine die ordnungsmäßige Führung des Betriebes beeinträchtigende Veränderung der Sach- und Rechtslage nicht vorgenommen werden. Nach Kenntnisnahme der beabsichtigten Betriebsstillegung hat die zuständige Demobilmachungsbehörde im Benehmen mit Betriebsleitung und Betriebsvertretung, geeignetenfalls unter Heranziehung von Sachverständigen, insbesondere der zuständigen Fachorganisationen, unverzüglich aufzuklären, welche Umstände die beabsichtigte Maßnahme veranlassen. Die Aufklärung hat sich auch darauf zu erstrecken, welche Hilfsmaßnahmen zur Behebung wirtschaftlicher Schwierigkeiten des Betriebs angezeigt erscheinen. Die zuständige Demobilmachungsbehörde ist ermächtigt, die vom Abbruch oder der Entziehung bedrohten oder betroffenen Gegenstände (Sachen und Rechte) zu beschlagnahmen und zugunsten des Landesfiskus zu enteignen.

Zuwiderhandlungen gegen die Anzeigepflicht oder Verstöße gegen die Anordnungen der Demobilmachungsbehörde können mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden.

Es ist nun Aufgabe der Betriebsvertretungen, darauf zu achten, daß die obenerwähnte Verordnung befolgt wird. In jedem Falle ist aber auch die gewerkschaftliche Organisation, die für den betreffenden Betrieb in Frage kommt, zu benachrichtigen. Wird die Verordnung nicht berücksichtigt, dann haben wir mit einer ins Ungemessene anschwellenden Arbeitslosenziffer zu rechnen. Ein Teil der Unternehmer, der die den besitzenden Klassen auferlegten Steuern zu zahlen sich sträubt, versucht die Steuersabotage durch Lahmlegung der Produktion. Das ist ein noch größeres Verbrechen an der Allgemeinheit als die kommunistische Spielerei mit dem Generalstreik, und deshalb müssen sich besonders die Arbeitnehmer dagegen wehren, und zwar mit den gesetzlichen Mitteln, die zur Verfügung stehen. Die Verordnung vom 8. November 1920 ist ein solches gesetzliches Mittel.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Afa-Bund haben sich bereits mit dieser Frage beschäftigt und in einem Schreiben an den Reichskanzler verlangt, daß die Reichsregierung sofort Schritte einleite, um den Demobilmachungsbehörden aufzugeben, Stillegungsanzeigen mit größter Beschleunigung zu bearbeiten und Betriebsräte sowie Gewerkschaften laufend an den Ermittlungen zu beteiligen. Falls durch die Stillegung Steuerhinterziehung geplant wird, soll Pfändung an den vorhandenen Waren eintreten. Ferner wird von den genannten Spitzengewerkschaften verlangt, daß die Verordnung auch auf Betriebe mit weniger als 20 Arbeitnehmern ausgedehnt wird und daß die Frage geklärt wird, inwieweit Kündigungen, die innerhalb der in der Verordnung vorgesehenen Fristen erfolgen, bis zur endgültigen Entscheidung der Demobilmachungsbehörden rechtlich unwirksam gemacht werden können.

Es muß von der Reichsregierung erwartet werden, daß sie sofort im Sinne der von den Spitzengewerkschaften gemachten Vorschläge eingreift, einmal, um die Finanzen des Reichs vor Schaden infolge von Steuerhinterziehungen zu bewahren, ferner aber auch zum Schutze der Arbeitnehmer, die sonst zu Hunderttausenden arbeitslos und dem Elend überantwortet würden. Es kann nicht angehen, daß Unternehmer, die auf der einen Seite durch die Inflation Riesengewinne erzielt haben, auf der anderen Seite sich weigern, die Opfer zu bringen, die zur Erhaltung des Staates, der Wirtschaft und der Arbeitskraft unbedingt erforderlich sind. Nur dann verdient die Reichsregierung Vertrauen, wenn sie beweist, daß sie allen anarchischen Strömungen von vornherein mit Energie entgegentritt. A. Wielepp.

Stillegung der Kelbraer Knopfindustrie.

Die von der Arbeiterschaft schon lange befürchtete Arbeitslosigkeit ist jetzt zur fürchterlichen Tatsache geworden. Den von den Kommunisten angezettelten „Generalstreik" als billigen Vorwand benutzend, haben die Knopffabrikanten in Kelbra am Kyffhäuser bereits vorige Woche sämtliche Betriebe stillgelegt. Als Grund zu den Massenentlassungen wird die angeblich noch bestehende Zahlungsmittelnot ins Feld geführt. Doch gehört nicht viel Scharfsinn dazu, um zu erkennen, daß das Unternehmertum diesen Vorwand benutzen könnte, wenn nicht auch hier „Generalstreik" gemacht worden wäre.

Der Bergarbeiterstreik in der Tschechoslowakei

richtet sich gegen einen weiteren Lohnabbau, bevor die Lebensmittelpreise herabgesetzt sind. Die Löhne wurden seit dem vorigen Jahre in den einzelnen Revieren um 37 bis 47 Proz. herabgesetzt. Der Anteil der Lohnkosten am Produkt ist dadurch, in Verbindung mit einer erheblichen Steigerung der Leistungen, um 52 Prozent gesunken, ohne daß eine entsprechende Verbilligung der Kohlen erfolgt wäre. In den westböhmischen Bergwerken beträgt der durchschnittliche Wochenverdienst nur 187 Kronen. Die Löhne betragen durchschnittlich das Achteinhalbfache des Durchschnittsfriedenslohnes von 4,76 Kronen, der amtliche Index weist aber eine Steigerung der Preise auf 9,73 auf. Der Vorschlag der Bergarbeiter, die Kohlenpreise zunächst um die herabgesetzte Kohlensteuer und die verminderten Unternehmergewinne zu ermäßigen, haben die Unternehmer und die Regierung abgelehnt. Die Bergarbeiter mußten zum Streik übergehen, um zu verhindern, daß ihre Lebenshaltung auf das Niveau der Kriegszeit herabgedrückt wird. — Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie fordert von der Regierung die sofortige Herabsetzung der Kohlenabgabe und der Frachtbriefe, um eine Verbilligung der Kohlenpreise und damit eine bessere Beschäftigungsmöglichkeit für die Bergarbeiter zu erzielen, ohne eine Lohnkürzung.

Aus aller Welt.

100-Milliarden-Beute eines Fassaden-Kletterers.

Ein Spezialist im „Alten Westen" Berlins.

Seit einigen Monaten macht ein verwegener Fassadenkletterer die Gegend des alten Westens, im besonderen die Rauch-, Cornelius- und Landgrafenstraße durch seine mit großem Raffinement ausgeführten Wohnungseinbrüche, durch die ihm stets eine Riesenbeute in die Hände fällt, unsicher. Trotz aller Bemühungen der Polizei kann man dieses Verbrechers nicht habhaft werden. Vor einigen Tagen verübte er einen neuen großen Streich. Er muß ein außerordentlich gewandter Kletterer sein und nützt regelmäßig die frühen Morgen- oder die Mittagsstunden aus, in denen die Zimmer gelüftet werden. Er klettert dann blitzschnell an den Fassaden empor, schwingt sich durch ein offenes Fenster in die Wohnung hinein, rafft mit unheimlicher Geschwindigkeit und Treffsicherheit alles zusammen, was ihm wertvoll erscheint, und verschwindet dann ebenso schleunigst wieder. Nachdem er erst vor wenigen Wochen bei dem Prinzen Reuß in der Stülerstraße eingedrungen war, stattete er vor einigen Tagen der Nachbarvilla, die dem Bankier Krako gehört, einen Besuch ab.

Während die Frau des Bankiers mit einer Bekannten in einem Hinterzimmer saß und das Personal im ganzen Hause beschäftigt war, stieg der Verbrecher vom Seiteneingang des Gartengrundstücks durch ein offenes Fenster in das Schlafzimmer ein. Hier packte er zunächst alle Blusen und Wäschestücke, die er fand, zusammen. Die Hauptbeute aber fand er auf dem Toilettentisch: eine Kette aus 97 Perlen, eine Platinbrosche mit einem ovalen Smaragdschloß, umgeben von kleinen Brillanten, eine große Brillantbrosche, ein Platinarmband mit elf Brillanten, mehrere goldene, brillantengeschmückte Armreifen und noch eine ganze Reihe sehr wertvoller Schmuckstücke. Außerdem fand der Verbrecher noch etwa 14 Millionen bares Geld, die er ebenfalls einsteckte. Seine ganze „Arbeit", die ihm schätzungsweise 100 Milliarden einbrachte, war das Werk von kaum fünf Minuten. Als er aus dem Fenster stieg, wurde er von einem Angestellten des Hauses gesehen; aber ehe dieser sich von seinem Schrecken erholt hatte, war der Verbrecher schon auf der Straße und verschwunden. Da die Beschreibung des Täters identisch ist mit der, die bei früheren Einbruchsaffären im alten Westen gegeben worden ist, so hat man es ohne Zweifel bei all diesen Taten mit ein und demselben Mann zu tun. Der bestohlene Bankier hat auf die Ergreifung des Täters 500 Millionen und auf die Wiederherbeischaffung der Brillanten 4½ Milliarden Belohnung ausgesetzt.

*

Der moderne Rechtsstaat darf keine Fassadenkletterer als Exekutiv-Beamte zur direkten Erfassung der Sachwerte (ad libitum Wertsachen zu lesen) anstellen. Lohnen würde sich eine derartige Praxis. 100 Milliarden in 5 Minuten ist immerhin kein Pappenstiel.

Opfer des Watzmann. Im Gebiet des Watzmann wurden die Leichen des Zahnarztes Dr. Ernst Müller aus Barmen und des Kaufmanns Walter Breimtrust aus Düsseldorf gefunden. Ein Turist namens Metzger aus München wurde an der Watzmann-Ostwand vom Steinschlag getroffen und schwer verletzt.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Feuilleton, Genossenschaftliches und Lokales: Hermann Lange; für Gewerkschaftliches, Provinz und Sport: Gottl. Kasparek; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Wir kämpfen nicht gegen die Kultur, sondern gegen die Lüge, die Infamie und moralisch maskierte Profitgier der herrschenden Kaste, die sie, die Kultur, durch- und zersetzt. Weil aber der Roman neben dem Theater der untrüglichste Abklatsch jenes oft bewußten Frevels, aber auch leicht gläubig hingenommener, mittelalterlicher Anschauungsweise ist, darum verdient er unsere ganze Abscheu. Wir, die wir eine reine, wahrhaftige Kultur ersehnen, werden mit rücksichtsloser Strenge gegen den Geist vorgehen, der das bourgeoise Schrifttum beherrscht. Eine Gesellschaft, die mit den Bajonetten weißer Garden ihre nichts als Menschenrechte verlangenden Brüder bekämpft, die, um ungestört weiter unterjochen zu können, ihre gefährlichen Gegner in die Zuchthäuser steckt, die mit Heeren von Gendarmen und Polizisten „Ordnung aufrechtzuerhalten" gedenkt, muß dem Untergang geweiht sein.

Der Arbeiter soll wissen, daß eine unüberbrückbare Kluft ihn sowohl von der im Luxus schwelgenden, als auch von der passiv-geduldigen, kleinbürgerlichen Gesellschaftsschicht trennt: Er, der seit Jahrzehnten für seine persönliche Freiheit und seine wirtschaftliche Besserstellung kämpft, hat vor allem die Pflicht, sich freizumachen von der Denkart des Bürgers, der im Wahn gottgewollter Unter- und Einordnung lebt. Solange er geistig abhängig ist, solange neben der politischen und wirtschaftlichen Umwälzung die geistige fehlt, ist der schöne Traum der Freiheit eine Utopie.

Arbeiter und Arbeiterinnen, verbannt alle Vorurteile aus Eurem Denken, reinigt Euer Hirn gründlich von dem verzerrten Weltbild und den sanften Ermahnungen zur Geduld, die die bürgerliche Journaille Euch oktroyiert. Die Eure nach Licht und Freiheit träumenden Augen noch dumpf verhüllende, traditionelle Lebensordnung jäh abzustreifen und die Sonne einer zwar noch jungen, aber lebenskräftigen und lebenswarmen Kultur in Euer Haus einzulassen, damit es drinnen hell und warm werde, das, Brüder, ist Eure vornehmste Pflicht.

Im proletarischen Roman, den der Vlame Streuvels, Carl Sternheim, Max Hermann, Emile Zola und viele andere ernst und voll stiller, bezwingender Gewalt vorbereiteten, liegt das Fühlen und Wollen des proletarischen Menschen verborgen, liegen noch unerschlossen seiner Zukunft unbegrenzte Schätze.

Der neue Berliner Generalmusikdirektor. Die Generalverwaltung der Staatstheater gibt bekannt: Als Nachfolger Leo Blechs wurde im Einverständnis mit dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Operndirektor Erich Kleiber vom Nationaltheater zu Mannheim auf fünf Jahre als Generalmusikdirektor verpflichtet.

Die Zunahme des Krebses in Frankreich. Beunruhigende Mitteilungen über die Verbreitung des Krebses in Frankreich machte Prof. Rémond in der letzten Sitzung der Pariser Akademie der Medizin. Seine Erhebungen stammen von 270 Spezialisten in 694 Orten in acht französischen Departements. Die Zahl der Fälle, die hier beobachtet wurden, betrug 1919 300, 1920 362, 1921 589 und 1922 846. In Toulouse allein wuchs die Zahl der Krebserkrankungen von 22 (1919) auf 126 (1922). Rémond hebt besonders hervor, daß die Krankheit jetzt Leute schon in viel jüngerem Alter ergreift, als früher festgestellt wurde.

Hallisches Theater- und Kunstleben.

Ein Weltmann der Musik — so hat man Verdi genannt. Diese Bezeichnung gilt besonders angesichts der „Aida", in der er als reife Ernte seines Lebens den Typ der verfeinerten heroischen Oper schuf. Verdi hat hier einen seltenen Ausgleich zwischen Dramatischem und Melodischem gefunden. Große Ensembles, wie die bekannte Tempelszene und das Festfinale, wechseln mit Soloszenen voll zartester Innigkeit. Die Oper kommt als erstes Musikwerk und gleichzeitig als erste musikalische Neueinstudierung der Spielzeit am Sonntag, dem 2. September, im Stadttheater zur Darstellung. In dieser und der am Donnerstag, dem 6. September, folgenden Aufführung des „Freischütz" werden die neu engagierten Opernkräfte Gelegenheit haben, sich dem hallischen Theaterpublikum vorzustellen.

Stadttheater. Der Vorverkauf für die ersten beiden Tage der neuen Spielzeit (Sonnabend und Sonntag) beginnt an der Kasse des Stadttheaters am Montag, dem 27. September (10 bis 2 Uhr vormittags). Die Aufführung folgender Werke ist vom 1. bis 8. September vorgesehen: Sonnabend, Montag und Mittwoch Hebbels „Nibelungen" I und II; Sonntag und Freitag Verdis Oper „Aida", Donnerstag und Sonnabend „Der Freischütz" von Weber.

Das Thalia-Theater eröffnet am Sonntag, dem 7. September, mit dem alterprobten und äußerst wirksamen Lustspiel „Dyckerpotts Erben".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230827-12/fragment/page=0003

VSPD

Halle u. Bezirk Merseburg

Sekretariat: Halle (Saale), Harz 42/44. Hintergebäude, 2 Treppen :: Fernruf 1029

Parteigenossen! Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit.

Halle.

Frauengruppe. Mittwoch den 29. Aug., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (nicht bei Genossin Kunitz): Leseabend. — **Frauenausschuß.** Mittwoch, den 29. Aug., abends 1/2 8 Uhr, Gewerkschaftshaus, kl. Zimmer.

SAJ. Heute, abends 7 Uhr, im Mozartheim: Zentralvorstandssitzung. — Dienstag nachm. 1/2 2 Uhr treffen sich alle Genossinnen und Genossen an der Huttenschule zur Beerdigung Kurt Jonackts (in Wanderkleidung. Der Vorstand.

— **Kindergruppe.** Dienstag, den 29. August, fällt das Spielen auf der Peißnitz aus.

Jungsozialisten. Dienstag, den 28. August, Besprechung aus „Kulturlehre des Sozialismus" von Radbruch.

Zschornewitz. Mittwoch, den 29. Aug., abends 8 Uhr, findet im Koloniegasthof eine **wichtige Mitgliederversammlung** statt. Das Erscheinen aller ist dringend geboten. **Der Vorstand.**

Vereinsanzeiger

Halle.

Stammtisch und Spielvereinigung Be. Bu. Bü. Heute, zum Jahresfest von abends 1/2 8 Uhr an: Gemütliches Beisammensein mit Damen. Gäste willkommen. 2766

Freier Sängerchor, Vereinslokal: „Stadt Dresden", Martinsstraße. Dienstag abend 7 1/2 Uhr Treffpunkt im „Volkspark" zur Mitwirkung beim Volkskonzert. Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Bitterfelder Verein der Freidenker für Feuerbestattung. Mittwoch, 29. August, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten", klein. Zimmer. Vierteljahresversammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Allseitiges Erscheinen erwünscht. Die Zahlstellenleitung.

Volkspark.

Dienstag, abends 8 Uhr:

15. Volks-Konzert

2761

Geschäftseröffnung

Am Mittwoch, dem 29. August, eröffnen wir 2769

Merseburgerstr. 29

(Ecke Dieskauerstr.) eine neue Filiale für unsere

nagellose Patentbesohlungen sowie Kleinverkauf v. Gummisohlen und Absätzen, Klebepressen und Kitten.

Das uns bisher entgegengebrachte Vertrauen bitten wir auch unserem neuen Unternehmen zuteil werden zu lassen.

Hartmann & Hansen

Talamtstrasse 9 ∵ Kl. Ulrichstr. 8

Mansfelderstr. 4

Drucksachen

jeder Art übernimmt und liefert schnell und sauber

Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Kochs 2765

Künstlerspiele

Wegen des Artistenstreiks diese Woche keine Vorstellungen.

Heute, sowie jeden **Montag:**

Konzert und vornehmer Ball

vom Stammtisch und Spielvereinigung.

Heute: Treffpunkt aller Geschäftsfreunde.

Halle

Exerzierplatz

Telephon 8515.

Straßburgers

3-Masten-Circus

mit 2 Manegen.

Täglich 7 1/2 Uhr

65 Circus-Sensationen

in 2 Manegen!!

Täglich 10—1 Uhr Probe-Tierschau Pferde - Ausstellg.

Billetts: Steinbrecher & Jasper, Markt 1, Tel. 6369, Circusk. 10—1 Uhr und 1 Stunde vor Beginn. 2768

C.-T.-Lichtspiele

am Riebeckplatz.

Graf Luckner

der deutsche Seeheld 2770

in dem reizenden Filmsingspiel:

Mabel u. ihre Freier

Volksblatt-

Bilderbücher

Jugendschriften

Märchenbücher

Buchhandlung

Stempel

liefert

Otto Schneiders Stempelfabrik

Tel. 1790

Halle, Hermannstr. 8

Die veredelte Dauerwäsche

Marke „Waschbär"

Seit Jahren beliebt!

Keine Wasch- und Plättkosten.

Im Tragen das Billigste!

Dauerwäsche Vertrieb

Kl. Berlin 2

1 Treppe

Eing. Sternstr.

Zeitungs-Fremdwörter

Unentbehrlich für jeden Zeitungsleser

Zusammengestellt von

Karl Werner

Zu beziehen durch die

Volksblatt-Buchhandlung

Halle, Gr. Ulrichstrasse 27

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 17. August 1923 bringen wir zur Kenntnis, daß die Lohnstufen 24 bis 29 und die weiter zugefügten Lohnstufen 30 und 31, auslaufend mit 3600000 Mk. Grundlohn, am 26. August 1923 in Kraft treten. Die der Lohnstufeneinteilung weiter zugefügten Stufen 32 bis 39 enden mit 10 Millionen Mark Grundlohn und treten an einem noch bekannt zu machenden Tage in Kraft. Die höheren Barleistungen für die Stufen 24 bis 31 werden vom 16. September an gewährt. — Die beteiligten Herren Arbeitgeber werden direkt benachrichtigt, auch ist Näheres aus unserer Bekanntmachung in der nächsten Nummer des Amts- und Verordnungsblattes für den Saalkreis zu ersehen, auf die wir hiermit ausdrücklich hinweisen.

Halle (Saale), den 27. August 1923.

Der Vorstand der Allgem. Ortskrankenkasse des Saalkreises.

O. Keltsch, Vorsitzender. 2767

Konsumverein Delitzsch und Umgegend

e. G. m. b. H.

Mittwoch, den 5. September, abends 8 Uhr, im Lindenhof:

Außerordentliche

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Erhöhung der Geschäftsanteile. Antrag der Verwaltung: „Der Geschäftsanteil ist auf 1 Million Mk. zu erhöhen."
2. Anträge der Mitglieder.

Anträge der Mitglieder sind 3 Tage vor Stattfinden der Versammlung bei der Verwaltung einzureichen.

Zutritt zur Versammlung nur gegen Vorzeigen der Markenkarte.

Der Aufsichtsrat.

2763 J. A.: O. Schmidt.

Unsere Leser werden hierdurch gebeten, bei ihren Einkäuten u. beim Besuche v. Veranstaltungen nur die Inserenten unserer Zeitung zu **berücksichtigen**

Amtliche Bekanntmachungen

Piesteritz

Von dem unterzeichneten Gemeindevorstand ist

1. eine **Verwaltungsgebührenordnung** für die Gemeinde Piesteritz unter dem 16. Juli 1923,
2. ein Nachtrag zum Ortsstatut betr. die **Errichtung einer Freibank** in der Gemeinde Piesteritz vom 24. Juli 1908 / 18. Febr. 1922 unter dem 16. Juli 1923 und
3. ein Nachtrag zur **Friedhofs- und Begräbnisordnung** der Gemeinde Piesteritz vom 9. Mai 1921 unter dem 16. Juli 1923 erlassen.

Die genannte Verwaltungsgebührenordnung und die Nachträge gelangen mit dem heutigen Tage auf einen 14tägigen Zeitraum in den Aushängekasten des Gemeindeamts zum Aushang, auch können im Zimmer 2 während der Dienststunden die Ordnung und die Nachträge eingesehen werden.

Es wird noch bemerkt, daß die Nachträge zu den Ordnungen Bestimmungen über die Aenderungen der Gebühren enthalten, welche gleitend nach der jeweiligen Reichsindexziffer gehalten sind.

Piesteritz, den 23. August 1923.

Der Gemeindevorsteher.

Kreis Querfurt

Ankörung der Ziegenböcke.

Auf Grund des Gesetzes betr. die Verpflichtung der Gemeinden zur Haltung von Ziegenböcken vom 14. Dezember 1920 (Ges.-S. S. 263) in Verbindung mit der vom Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg erlassenen Polizeiverordnung betr. die Körung der Ziegenböcke vom 21. September 1921 findet im Kreise Querfurt die diesjährige Körung der Ziegenböcke wie folgt statt:

1. Montag, den 3. September 1923.

a) 10 Uhr vorm., in **Rothenschirmbach,** Gemeindegasthaus, für die Ziegenböcke aus Großosterhausen, Kleinosterhausen, Rothenschirmbach und Sittichenbach.

b) 12 Uhr vorm., in **Oberfarnstädt,** Gemeindegasthaus, für die Ziegenböcke aus Oberfarnstädt und Unterfarnstädt.

c) 2 Uhr nachm., in **Döcklitz,** im Gasthof, für die Ziegenböcke aus Döcklitz.

d) 3 Uhr nachm., in **Obhausen-Petri,** Gasthof zum weißen Roß, für die Ziegenböcke aus Obhausen-Joh., Obhausen-Nic., Obhausen-Petri.

2. Mittwoch, den 5. September 1923.

a) 10 Uhr vorm., in **Lodersleben,** Gasthaus zum weißen Roß, für die Ziegenböcke aus Lodersleben, Gatterstädt und Leimbach.

b) 12 Uhr vorm., in **Ziegelroda,** Herbst's Gasthof, für die Ziegenböcke aus Ziegelroda.

c) 2 Uhr nachm., in **Niederschmon,** Gemeindegasthaus, für die Ziegenböcke aus Niederschmon, Oberschmon und Grockstädt.

d) 4 Uhr nachm., in **Querfurt,** Gasthaus „Zum schwarzen Bär", für die Ziegenböcke aus Querfurt, Thaldorf und Weidenthal.

3. Freitag, den 7. September 1923.

a) 6.30 Uhr vorm., in **Liederstädt,** Gemeindegasthaus, für die Ziegenböcke aus Tölbitz, Weißenschirmbach, Liederstädt und Reinsdorf.

b) 10 Uhr vorm., in **Balgstädt,** Gemeindegasthaus, für die Ziegenböcke aus Balgstädt und Städten.

c) 11.30 Uhr vorm., in **Freyburg a. U.,** vor dem Rathaus, für die Ziegenböcke aus Freyburg, Zscheiplitz und Großwilsdorf.

d) 1.30 Uhr nachm., in **Markröhlitz,** Gasthaus „Zur Quelle", für die Ziegenböcke aus Markröhlitz, Pödelist, Eulau, Pettstädt, Donichau und Goseck.

e) 4.30 Uhr nachm., in **Laucha,** vor dem Rathaus, für die Ziegenböcke aus Laucha, Dorndorf, Golzen und Weischütz.

4. Montag, den 10. September 1923.

a) 9.30 Uhr vorm., in **Stöbnitz,** Gemeindegasthaus, für die Ziegenböcke aus Stöbnitz, Schirma, Möckerling und Lützkendorf.

b) 11 Uhr vorm., in **Eptingen,** Gasthaus „Zur Sprotte", für die Ziegenböcke aus Mücheln, St. Ulrich, St. Micheln, Eptingen, Zöbigker, Crumpa und Gehüfte.

c) 1 Uhr nachm., in **Neumark,** Ortsrichteramt, für die Ziegenböcke aus Cämmeritz, Geiselröhlitz, Neumark und Petzkendorf.

d) 2 Uhr nachm., in **Leiha,** Gemeindegasthaus, für die Ziegenböcke aus Schortau, Leiha, Bedra, Lunstädt, Roßbach und Nahlendorf.

e) 4 Uhr nachm., in **Branderoda,** Gemeindegasthaus, für die Ziegenböcke aus Branderoda, Schleberoda und Zeuchfeld.

f) 5.30 Uhr nachm., in **Baumersroda,** Gasthof Helm, für die Ziegenböcke aus Gleina, Baumersroda und Ebersroda.

5. Freitag, den 14. September 1923.

a) 6.30 Uhr vorm., in **Carsdorf,** Gasthof „Zur Unstrutbahn", für die Ziegenböcke aus Carsdorf, Wetzendorf und Wennungen.

b) 9 Uhr vorm., in **Tröbsdorf,** Gasthaus, für die Ziegenböcke aus Burgscheidungen, Kirchscheidungen, Tröbsdorf und Thalwinkel.

c) 11 Uhr vorm., in **Wippach,** Gemeindegasthaus, für die Ziegenböcke aus Wippach und Altenroda.

d) 12 Uhr mittags, in **Nebra,** „Preußischer Hof", für die Ziegenböcke aus Nebra, Großwangen und Kleinwangen.

e) 3 Uhr nachm., in **Roßleben,** Ortsamt, für die Ziegenböcke aus Eßmannsdorf, Schönewerda, Bottendorf und Roßleben.

6. Montag, den 17. September 1923.

a) 10 Uhr vorm., in **Calzendorf,** Gemeindegasthaus, für die Ziegenböcke Steigra, Jüdendorf und Calzendorf.

b) 11 Uhr vorm., in **Schnellroda,** Gemeindegasthaus, für die Ziegenböcke aus Schnellroda und Albersroda.

c) 12.30 Uhr mittags, in **Niedereichstädt,** Gemeindegasthaus, für die Ziegenböcke aus Niedereichstädt, Obereichstädt und Oberwünsch.

d) 2 Uhr nachm., in **Göhrendorf,** Gasthaus „Goldener Stern", für die Ziegenböcke aus Remsdorf, Göhrendorf, Barnstädt und Göhritz.

Zu diesen Körungen müssen alle Ziegenböcke vorgeführt werden, die zum Decken fremder Ziegen in diesem Jahre benutzt werden sollen.

Die im vorigen Jahre angekört gewesenen Böcke sind in diesem Jahre sämtlich wieder mit vorzuführen, ganz gleich, ob sie wieder angekört werden sollen oder nicht. Auch die Deckbücher sind mitzubringen.

Für solche Ziegenböcke, die zu dieser Hauptkörung nicht vorgeführt werden, muß auf Kosten des Eigentümers des Bockes eine besondere Nachkörung gemäß § 11 Abs. 2 der Polizeiverordnung stattfinden.

Die in Betracht kommenden Magistrate und Herren Ortsrichter ersuche ich, dafür zu sorgen, daß die anzukörenden Ziegenböcke an dem bestimmten Tage und zur festgesetzten Stunde zur Schau bereits stehen. Hierbei weise ich wiederholt darauf hin, daß nach § 1 des Gesetzes betr. die Verpflichtung der Gemeinden zur Haltung von Ziegenböcken vom 14. Dezember 1920, die Gemeinden dafür zu sorgen haben, daß dem Köramte eine der Zahl der in der Gemeinde gehaltenen deckfähigen Ziegen entsprechende Anzahl körfähiger Böcke vorgeführt werden.

Soweit die Gutsbezirke nicht besonders aufgeführt worden sind, sind die Ziegenböcke aus letzteren zur Körung in der betr. Gemeinde vorzuführen.

Querfurt, den 20. August 1923.

Der Landrat.

Kleine Anzeigen haben hier **grossen** Erfolg!

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe 2474

kauft laufend

Alice Abramowitz

Schmeerstr. 14, I. (Kein Laden).

Am 25. August verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager unser lieber unvergeßlicher Sohn und Bruder

Kurt Jonack

im 20. Lebensjahre. 2762

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 28. August, nachm. 2 1/2 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Rennbahn-Restaurant

7 Min. vom Hettstedter Bahnhof.

Schönster Sommeraufenthalt i. nächster Nähe der Stadt.

Täglich nachmittags:

Künstler-Konzert

2443

Arbeitsmarkt

Zeitungsträgerinnen

für einige Bezirke in Halle stellt ein

Verlag Volksblatt G. m. b. H.

Mansfelder Lande

Dienstag, den 28. August 1923, nachmittags von **2 Uhr** an, findet auf dem **V. f. B.-Platz** das diesjährige

Sportfest der Schutzpolizei

statt, zu dem alle Sportsfreunde ergebenst eingeladen werden.

Besondere Einladungen ergehen nicht.

Kommando der Schutzpolizei Eisleben.

Arbeitsamt Eisleben.

Petristraße 9. **Fernsprecher** 131.

Gewerbliche Abteilung. a) Arbeitsuchende: Arbeiter, jüngere u. ältere; Bergarbeiter; Buchdrucker; Bureaugehilfen; Kontoristen; Schriftsetzer; Tischler; Schlosser, ältere; Dreher; Maurer; Dachdecker; Zimmerer. b) Offene Stellen: Bäcker; Schlosser, jüngere; Stellmacher; Schuhmacher.

Landwirtschaftliche Abteilung. a) Arbeitsuchende: Gutssekretär, ledig. b) Offene Stellen: Gärtner, ledig.

Berufsamt. a) Stellensuchende: Elektrolehrling. b) Offene Stellen: Kaufm. Lehrlinge; Malerlehrlinge.

Weibliche Abteilung. a) Stellensuchende: Arbeiterinnen; Frauen für Bureaureinig.; Bureaugehilfinnen; Glanzplätterin; Kochlehrlinge; Lehrstütze, 28 J., auswärts; Verkäuferinnen, Waschfrauen. b) Offene Stellen: Aufwartungen; Dienstmädchen; Hausmädchen für Güter; Küchenmädchen für Hotel; Mädchen für Haus- und Stallarbeit; Mamsells für Güter; Scholarin für Gut.

Amtliche Bekanntmachungen

Eisleben

Die Beiträge zur Landwirtschaftskammer sind bei Vermeidung der Zwangseinziehung nunmehr innerhalb 8 Tagen an die Stadtsteuerkasse abzuführen.

Eisleben, den 22. August 1923.

Der Magistrat.

Wegen Fertigstellung von Abschlußarbeiten bleiben die Geschäftsräume der Stadtsparkasse vom 27. bis 31. August während der Nachmittagsdienststunden geschlossen.

Eisleben, den 24. August 1923.

Das Kuratorium der Stadtsparkasse.

Mansfelder Gebirgskreis

Hiermit bringe ich zur allgemeinen Kenntnis, daß nach § 15 des Reichsgesetzes über die **Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues** in der Fassung vom 28. März 1923 (RGBl. I A. 238) Anträge auf Befreiung von der Wohnungsbauabgabe seitens der Sozial-, Militär- und Kleinrenter bei der Stelle anzubringen sind, die den vorgenannten Rentnern die Unterstützung oder Fürsorge gewähren.

Alle übrigen Anträge auf Erlaß bzw. auf Befreiung nehmen die Gemeinde- (Guts-)vorstände entgegen.

Anträge können bei den vorgenannten Fürsorgestellen in der Zeit vom 24. August bis 30. September 1923 an jedem Dienstag und Freitag von 8 bis 12 Uhr vormittags gestellt werden. Anträge, welche nach dem 30. September gestellt werden, bleiben unberücksichtigt.

Mansfeld, den 16. August 1923.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Becker.

In der Hufbeschlaglehrschmiede in Merseburg beginnt am 1. Sept. 1923 ein neuer Kursus, welcher 3 Monate dauert.

Der Unterricht wird unentgeltlich erteilt. Bedürftigen Schülern kann während des Lehrkurses zur Bestreitung der Kosten für Wohnung und Lebensunterhalt eine Unterstützung gewährt werden.

Zur Teilnahme an einem Kursus ist die Eigenschaft als Schmiedegeselle und ein Lebensalter von 19 Jahren erforderlich.

Anmeldungen zu diesem Kursus ersuchen wir umgehend an uns einzureichen.

Mansfeld, den 18. August 1923.

Der Kreisausschuß. Becker.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Merseburg.

Infolge Steigerung der Reichsindexziffer auf 753 733 hat der Kassenvorstand die bisherige Lohnstufeneinteilung durch Aufbau weiterer Lohnstufen wie folgt ergänzt:

Stufe	Grundlohn Mk.	Arbeitsverdienst für den Tag Mk.	Arbeitsverdienst für die Woche Mk.	Arbeitsverdienst für den Monat Mk.	Beiträge einschl. 2 Prozent Notzuschlag tägl. Mk.	Beiträge einschl. 2 Prozent Notzuschlag wöch. Mk.
23	1 700 000	bis 1 800 000	bis 12 600 000	bis 54 000 000	161 500	1 130 000
24	1 900 000	„ 2 000 000	„ 14 000 000	„ 60 000 000	180 500	1 263 500
25	2 100 000	„ 2 200 000	„ 15 400 000	„ 66 000 000	199 500	1 396 500
26	2 300 000	„ 2 400 000	„ 16 800 000	„ 72 000 000	218 500	1 529 500
27	2 500 000	„ 2 600 000	„ 18 200 000	„ 78 000 000	237 500	1 662 500
28	2 700 000	„ 2 850 000	„ 19 950 000	„ 85 500 000	256 500	1 795 500
29	3 000 000	über 2 850 000	über 19 950 000	über 85 500 000	285 000	1 995 000

Vorstehende Lohnstufen erhalten Wirkung ab 27. August 1923. Die erhöhten Barleistungen werden ab 24. September 1923 gewährt. Gemäß § 24 des Gesetzes zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen vom 27. März 1923 werden ab 27. August 1923 zu den Beiträgen sämtlicher Lohnstufen vorübergehend 2 Prozent des Grundlohnes als Notzuschlag erhoben.

Die zur Berechnung der Beiträge erforderlichen Lohnangaben sind von den Arbeitgebern sofort zu machen. 2761

Merseburg, den 23. August 1923.

Der Vorstand. Otto Dietzel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230827-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 26. August 1923.

Richtzahlenrechnung bei der sozialen Fürsorge.

Erhöhung der Notstandsunterstützungen und der Wochenfürsorge.

Amtlich wird uns mitgeteilt:

Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 14 August 1923 werden die Sätze der **Notstandsmaßnahmen-Unterstützung** für Rentenempfänger der Invaliden- und der Angestelltenversicherung, sowie für die Kleinrentner mit Wirkung vom 16. August 1923 an entsprechend dem jeweiligen Stande der vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Reichsrichtzahl (Reichsindexzahl) der Lebenshaltungskosten selbsttätig festgesetzt. Die Unterstützungen werden halbmonatlich festgesetzt und ausgezahlt. Die Höchstgrenze für das Gesamteinkommen der Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente wird für den jeweiligen Zahlungstag errechnet; sie beträgt **das 15fache der letzten vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Reichsrichtzahl.** Der Höchstbetrag des Gesamteinkommens des Empfängers einer Witwen- oder Witwenrente darf 60 Prozent, des Empfängers einer Waisenrente 50 Prozent des Gesamteinkommens des Empfängers einer Invalidenrente nicht übersteigen. — Die zu zahlenden Beträge werden stets auf volle 1000 Mk. nach oben aufgerundet. — Der Kinder- und Frauenzuschlag wird in dem seitherigen Ausmaß gewährt. — Für die Unterstützungen an Kleinrentner gilt diese Regelung entsprechend.

•

Durch zwei Verordnungen sind die **Leistungen der Wochenhilfe und Wochenfürsorge** mit Wirkung vom 20. August 1923 an erhöht und der Reichsrichtzahl (Reichsindexzahl) angepaßt worden. In der Wochenhilfe beträgt der Pauschbetrag bei Entbindungen und Schwangerschaftsbeschwerden das Sechsfache, der Mindestbetrag des Wochengeldes ein Zehntel und der Mindestbetrag des **Stillgeldes drei Zwanzigstel der Reichsrichtzahl.** Die Leistungen der Familienwochenhilfe und Wochenfürsorge sind gleichfalls erhöht und den Leistungen der Wochenhilfe gleichgesetzt.

Die Not der Artisten.

Zu unserer Veröffentlichung unter dieser Ueberschrift erwidert uns Herr Direktor Albert Koch von der Bunten Bühne, zugleich als Vertreter des Internationalen Varieté-Theaterdirektoren-Verbandes, daß er keinem seiner Artisten nur eine Mindestgage, den meisten aber drei und vier Mindestgagen zahle. Dabei nahm die Bunte Bühne bis zum 13. August nur 30 000 Mk. Eintrittsgeld. Vom 14. bis 16. August 80 000 Mk. und von da ab 150 000 Mk. Nach einer Aufstellung, die Herr Koch uns übersandt hat, zahlte er an Gage im August 897 464 100 Mk. Zu ihrer Deckung — die Musikergehälter ungerechnet — müsse er, da die Eintrittsgelder nicht ausreichen, den Gewinn aus dem Wirtschaftsbetrieb verwenden. Nach seiner Auffassung sind die Tarifeinkommen der Artisten höher als die der Angestellten, die acht Stunden arbeiten.

Dazu haben wir zu bemerken: Unsere Ermittelungen bestätigten, daß die Bunte Bühne die besten Gagen zahlt. Das schließt aber nicht aus, daß die Gagen, welche wir am Donnerstag nannten, von anderen Direktoren tatsächlich gezahlt worden sind.

Die Stellungnahme der Artisten geht daraus hervor, daß sie am Sonnabend in den Streik getreten sind.

Die Kinos in Bedrängnis.

Ungleiche Lustbarkeitssteuerpolitik der Stadt?

Die Besitzer der hallischen Großkinos haben einen offenen Brief an den Magistrat gerichtet, in dem sie schreiben:

Es hat sich nicht vermeiden lassen, daß die Finanznot der Städte und Gemeinden jeden einzelnen Bürger mit außerordentlich hohen Steuern belastet hat. Demgegenüber muß aber von den Steuerzahlern die berechtigte Forderung erhoben werden, daß die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung eine rentable, nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitete Finanzpolitik betreiben, vornehmlich also auch jede Verdienstmöglichkeit nach Kräften wahrnehmen. In Halle scheint dies nicht immer Brauch zu sein.

Im Interesse sämtlicher Steuerzahler, aber auch im Interesse des steuerlich ganz besonders stark belasteten Handels und der Industrie und sonstigen Erwerbszweige mögen daher folgende Fragen an den Magistrat der Stadt Halle gestattet sein, gestellt von Angehörigen einer schwer um ihre Existenz ringenden Branche, die zahlreiche Angestellte beschäftigt und vor allem erwiesenermaßen für Halle die beste Steuerquelle darstellt.

Wir fragen an:

1. Ist es wahr, daß der Thalia-Theater-Saal zu Vorstellungen an ein ortsfremdes Unternehmer Ende Juli 1923 zu dem Preise von 400 000 Mk. für drei Abende vermietet worden ist.
2. Hat sich die zuständige Stelle eine Berechnung über die Unkosten, wie Beleuchtung, Abnutzung und Reinigung gemacht, denn bei einem Preise von 133 000 Mk. pro Tag konnten selbst vor ca. 3 Wochen nicht einmal die Reinigungskosten bestritten werden.
3. Ist es dem Magistrat bekannt, daß es diesem Unternehmen nur durch diese lächerlich geringe Pacht möglich war, in drei Tagen ca. 40 Millionen Mark Reingewinn zu erzielen.
4. Zu welchen Preisen werden zurzeit die städtischen Säle vermietet?

Wir glauben zu dieser Frage um so mehr berechtigt zu sein, da wir ja bedeutend höhere Lustbarkeitssteuersätze zu zahlen haben als eben ortsfremde Unternehmen.

Ferner haben die Großkinos ein Dringlichkeitsgesuch an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet, in dem unter Bezugnahme auf das Gesuch vom 23. April 1923 um Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer ersucht wird, weil sonst die Fortführung der Lichtspieltheater gefährdet sei.

Das Elend der Kassenärzte.

Der Verband der Aerzte Deutschlands (Leipzig) schreibt uns durch seinen Provinzialverband Sachsen-Anhalt:

„Jetzt finden im preußischen Wohlfahrtsministerium Verhandlungen zwischen den Trägern der sozialen Versicherung und den Vertretern der Aerzteschaft über das wertbeständige Arzthonorar statt. Diese Verhandlungen werden von ausschlaggebender Bedeutung für das Weiterbestehen der sozialen Einrichtungen des Deutschen Reiches sein. Sie berühren weniger die Honorargestaltung in der Privatpraxis, die der freien Vereinbarung zwischen Arzt und Kranken überlassen ist, als die Festsetzung der kassenärztlichen Gebühren, welche durch die preußische Gebührenordnung maßgebend beeinflußt werden. Das wertbeständige Kassenhonorar wird erreicht 1. durch Festsetzung von Grund- (Friedens) gebühren, die mit dem jeweiligen vollen Reichsteuerungs-Index zu vervielfältigen und mit einem besonderen Zuschlage für die ins Ungeheure gestiegenen ärztlichen Berufsunkosten zu versehen sind; 2. durch Einführung pünktlicher, wöchentlicher Honorarzahlung durch die Krankenkassen, die bei Verzug die Geldentwertung durch Zugrundelegung des am Zahltage gültigen Reichsteuerungs-Index auszugleichen haben. Die bisherige Gebührenfestsetzung: Berücksichtigung des halben Teuerungs-Index und Auszahlung der Honorare zwei bis drei Monate nach erfolgter Leistung (!) oder bei Zahlungsunfähigkeit der Kassen zu einem noch späteren Termin, hat die Aerzteschaft binnen weniger Monate in die schwerste wirtschaftliche Notlage versetzt. Die Krankenkassen verlangen ausreichende Hilfsmaßnahmen seitens der Regierung und der gesetzgebenden Körperschaften, insbesondere Erhöhung der Kassenbeiträge durch Besteuerung des **tatsächlichen Arbeitsverdienstes zugunsten der Krankenversicherung.** Das jetzt geltende Verfahren der Festsetzung eines Grundlohnes mit bestimmter Höchstgrenze als Basis für die Beitragserhebung befreit gerade die höchstgelohnten Gruppen der Versicherten von einer gerechten Heranziehung zum Tragen der Beitragslasten, sie werden zurzeit nicht höher besteuert als die Versicherten mit ganz geringem und mittlerem Einkommen. Die Kassenärzte sind infolge der verspäteten Auszahlung ihres wohlverdienten Arbeitslohnes ohne jede Existenzmittel. Zahlreiche Aerztegruppen haben sich bereits gezwungen gesehen, den Krankenkassen den Kredit zu verweigern und die Kassenmitglieder nur noch gegen Barzahlung zu behandeln. Besonders verzweifelt ist die Stimmung unter den Aerzten der Großstädte und in Süddeutschland. Die Aerzte Badens und Bayerns sind fest entschlossen, den jetzigen unhaltbaren Zuständen durch Maßnahmen der Selbsthilfe ein Ende zu machen.

Die Aerzteschaft erwartet bei den bevorstehenden Verhandlungen das volle Verständnis der Versicherungsträger und der zuständigen Regierungsstellen für ihre trostlose Lage zu finden. Sie verlangt sofortiges Eingreifen der Regierung, und der Gesetzgebung zugunsten der in große Schwierigkeiten geratenen Krankenkassen. Wird die zum Teil bestehende Zahlungsunfähigkeit der Kassen nicht binnen kürzester Frist behoben, so sieht sich die gesamte Aerzteschaft nicht mehr in der Lage, an den Aufgaben der Krankenversicherung mitzuarbeiten. Sie hält den völligen Zusammenbruch der sozialen Einrichtungen für unvermeidlich, wenn die berechtigten Forderungen der zu ihrer Durchführung unentbehrlichen Mitarbeiter nicht befriedigt werden können. Die Verantwortung für die innerpolitischen und wirtschaftlichen Folgen einer von der Verzweiflung diktierten Arbeitsniederlegung lehnt die Aerzteschaft ab.

Parteinachrichten.

* **Ortsvorstandssitzung.** Mittwoch, den 29. August, abends 7½ Uhr, im Parteibureau, Sitzung des Ortsvorstandes mit den Ortsbezirksführern und Kassierern. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

* **Ueberfahren.** Am Sonnabend gegen Mittag wurde eine Frau an der Ecke Moritzzwinger und Moritzkirche von einem Kraftwagen angefahren und zu Boden geschleudert. Sie wurde im Gesicht verletzt und von einem Beamten dem Elisabeth-Krankenhaus zugeführt, woselbst sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Nach Angabe von Zeugen soll den Kraftwagenführer die Schuld treffen.

* **Freitodversuch.** Am gleichen Tage gegen 2 Uhr nachmittags durchschnitt sich ein junger Mann in der elterlichen Wohnung die Pulsader am linken Arm mit einem Rasiermesser. Der Lebensmüde wurde mit dem Krankenwagen der Klinik zugeführt. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt.

* **Gestörte Einbrecher.** Am 26. August gegen 3.15 Uhr morgens wurde in einem Hause in der Wettiner Straße von unbekannten Tätern ein Einbruchsdiebstahl verübt. Durch Rufe der Inhaberin wurden die Täter verscheucht. Außer der bereits eingepackten Beute (silberne Eßbestecks) ließ ein Täter seine braunen Schnürstiefel am Tatort zurück. Die Kriminalpolizei hat die Verfolgung aufgenommen.

* **Wieder eine baufällige Wand.** Am 26. August gegen 11.45 Uhr abends wurde die Feuerwehr nach der Dölauer Straße 31 gerufen. Hier drohte ein Teil der Hausfront einzustürzen. Eine Wohnung und ein Küche mußten geräumt werden. Die Feuerwehr räumte, nachdem sie das Haus abgesteift hatte, nach einer Stunde wieder ab. Verkehrsstörungen entstanden nicht. Personen wurden nicht verletzt. Weitere Gefahr droht nicht.

Versammlungen und Veranstaltungen.

* **Mitteldeutscher Mieterverband.** Die nächste Mitgliederversammlung findet nicht am Dienstag, sondern am Mittwoch, dem 29. August, abends 7½ Uhr, im großen Saale des „Volkspark" statt.

* **Die Proletarische Kulturvereinigung** veranstaltet am Freitag, dem 7. September, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Volkspark" einen proletarischen Theaterabend. Es kommt ein Schauspiel mit Musik, „Freiwild" von Walter Troppenz zur Aufführung. Text und Musik sind Schöpfungen von Mitgliedern der Vereinigung. Eintrittskarten sind bei sämtlichen Mitgliedern sowie bei den durch Plakate kenntlichgemachten Stellen zum Preise von 100 000 Mk. zu haben.

Saalkreis.

Ammendorf. Aus der Parteibewegung. Eine den Umständen nach gutbesuchte Mitgliederversammlung hielt die hiesige Ortsgruppe am Dienstagabend ab. Genosse Reichstagsabgeordneter Krüger hatte die Aufgabe übernommen, über die allgemeine Lage und die Stellung der neuen Regierung zu sprechen. In kurzen Zügen ging Genosse Krüger auf die Erklärungen der Minister ein, wobei er besonders betonte, daß vielleicht der Genosse Hilferding die schwerste Aufgabe zu lösen habe, denn gerade die Folgen der falschen Finanzpolitik der Regierung Cuno seien nicht so leicht zu sanieren. Außen- wie innenpolitisch sähe die Lage traurig aus. Dem Währungsverfall müsse Einhalt geboten werden, zumal es sich schon jetzt zeige, daß die Unternehmer die neuen Steuergesetze sabotieren wollen. Auch von links drohten Schwierigkeiten, wie insbesondere die Generalstreikparole der Kommunisten gezeigt habe, die von politischen Wirrköpfen ausgegeben worden sei, die alles andere als das Wohl der Arbeiter wollten. Ausführlich erläuterte der Referent die vom Reichstag angenommenen Steuergesetze (Reichseinkommensteuer, Körperschaftssteuer, Lohnsteuer, Autosteuer). Uebergehend auf das Ruhrproblem betonte der Redner, daß man endlich zu geordneten Verhältnissen kommen müsse. Bei den Aufgaben der Partei, welche jetzt zu erfüllen seien, verweilte Genosse Krüger in längeren Ausführungen, wobei er auf die Frage einging, ob große oder kleine Koalition, ob Arbeiterregierung oder Bauern- und Arbeiterregierung, wie sie von den Kommunisten verlangt werde, geboten sei. Die Partei habe sich, wenn auch schweren Herzens, gezwungen durch schwerwiegende taktische Gründe, für die große Koalition entschieden. Wenn sie unsere Aufgabe voll erfüllen wollten, müßten auch alle Genossen treu zur Fahne stehen, dann sei es möglich, einen Weg aus diesem Elend zu finden. Reicher Beifall wurde dem Redner zuteil. Die nun einsetzende Diskussion war scharf, aber sachlich. Alle Redner erblickten ihre verantwortungsvolle Aufgabe darin, die Einheit der Partei zu erhalten. Der Generalstreik der Kommunisten wurde scharf kritisiert, da er der Arbeiterschaft keine Vorteile, sondern nur Nachteile gebracht habe, was daraus hervorgehe, daß eine ganze Menge Arbeiter entlassen und nun dem Elend preisgegeben seien. Nun müßten eben die Gewerkschaften versuchen, die unschuldigen Opfer der kommunistischen Drahtzieher wieder unterzubringen. Auch die Regierung müsse hier eingreifen. Im Schlußwort ging Genosse Krüger auf alle Anregungen und Fragen der Diskussion zur Zufriedenheit der anwesenden Genossen ein. Mit Anerkennung für das rege Interesse schloß Genosse Krüger seine Ausführungen. — Im Anschluß hieran wurden noch örtliche Fragen und Parteiangelegenheiten erörtert.

Wetter-Voransage.

Dienstag, den 28 August: Wolkig, zeitweise heiter, mäßig warm, Regenschauer, strichweise Gewitter.

Mittwoch, den 29. August: Anfänglich schön mit sehr kühler Nacht, nachher wärmer und zunehmend bewölkt, zuletzt mäßiger Regen, der östlich der Elbe teilweise erst in der Nacht zum Donnerstag eintritt.

Ich bekenne.

34 Roman von Clara Müller-Jahnke.

[Nachdruck verboten.]

Mit einer Lüge ging ich von ihm, und lange Jahre hindurch sollte mein Leben eine einzige, qualvolle Lüge sein.

•

Durch tiefen Schnee kam ich vom Bahnhof heim. Eine seltsame Schwere lag in meinen Gliedern, so dumpf, so drückend, daß meine Stapfen im Schnee mir absonderlich erschienen. Meine Mutter empfing mich mit überströmender Zärtlichkeit. Sie hatte sich nach mir gesehnt, hatte sich geängstigt um mich.

„Eine körperliche Angst hab' ich ausgestanden, Wilma. Wenn ich dich nicht so gut aufgehoben gewußt hätte, wäre ich dir nachgefahren!"

Trotz ihrer Krankheit, ihrer Schwäche, trotz der Härte des Winters!! Du gutes, ahnungsreiches Mutterherz! — Und ich belog sie wiederum, indem ich ihr von den in Bärenstein genossenen Vergnügungen erzählte, während ich in Wirklichkeit nur einen Tag lang auf der Rückfahrt bei meinen Verwandten verweilt hatte.

Acht Tage hab ich dann warten müssen, bis Vincentis erster Brief kam. Und der war voll von Vorwürfen darüber, daß ich bei unserem Abschiede nicht einmal weinte hatte. Ein quälendes Mißtrauen blickte, unter den zärtlichen Worten verborgen, mir höhnisch ins Gesicht.

Dies Mißtrauen empörte mich, obwohl es berechtigt war. Nicht, daß ich einen Augenblick in der Treue zu ihm gewankt hätte: — ich hätte mir eher das Herz aus der Brust schneiden lassen, ehe ich ihn, auch in Gedanken nur, betrogen oder verlassen hätte. Aber er mußte den Mangel an Wärme von meiner Seite empfunden haben. Das kam mir freilich damals nicht in den Sinn, und so fuhr ich fort, ihm verlogene, verliebte, überspannte Briefe zu schreiben.

Und nach einigen Monaten war ich im Taumel meiner Gefühle genau auf demselben Punkt angelangt, auf dem ich vor unserer Zukunft gestanden. Ich bildete mir wieder ein, daß ich ihn liebte und glühend begehrte.

Heute weiß ich, daß es ein anderer war, nach dem Körper und Seele schrieen. . . . . Ein anderer, der die große Freiheit der Liebe lehrt und weiß, daß all ihre Geschenke königliche Gnaden sind.

Im brennenden Sommermond trafen wir uns zum andern Mal. Ich trat eine Stunde nach der verabredeten Zeit in dem von ihm bestimmten Hause ein. Auf seiner Stirn lag eine tiefe Falte.

„Warum ließest du mich warten?"

Herb und hart erklang sein Wort.

Von heißem Schreck durchschauert, schlang ich die Arme um ihn. Zum ersten Male freiwillig, zum ersten Male ich und nicht das kalte, fragenhafte Wesen, das so oft außerhalb mir gestanden und mich neugierig beobachtet hatte.

Als ich aufsah von seiner Brust, lag ein eigentümliches, halb bitteres, halb triumphierendes Lächeln um seinen Mund. Ein Lächeln, das mir trotz meiner seelischen Unfreiheit zu denken gab.

„Vincenti, hast du mich lieb?"

Seine dunklen Augen flackerten. „Närrin! Du weißt es. Aber du weißt auch, daß ich dich nicht lieb behalten werde, wenn du nicht ganz mein bist, mit Leib und Seele."

„— Meine Mutter — Vincenti!"

„Deine Mutter wirst du noch inniger lieben, wenn du sie im wahren Glauben umfaßt. Der Glaube verlangt Opfer, Geliebte. Und ein gottgefälligeres Opfer kannst du nicht bringen, als das, was dir auf Erden das Liebste ist. Denk an Maria.

Eine rasende Furcht überfiel mich. Fester preßte ich mich in die Arme des Mannes. Vincenti, ich habe gelogen in einem fort."

„Wenn du ernst bereust, wird dir die Lüge vergeben werden um deines Opfers willen, so wie auch meine Sünde mir vergeben sein wird — um deiner Seele willen . . ."

Hatte er die Worte gesprochen, hatte ich sie nur gefühlt? Ich weiß es nicht, Herze. Ich weiß nur, daß ich seine Küsse duldete; weiß nur, daß der Mond ins Zimmer sah und seltsam flackernde Schattenbilder an die weißgetünchte Zimmerdecke warf, — — weiß nur, daß die Wogen über mich hinwegjagten, heiße, dunkle Fluten, in denen mir Sinne und Bewußtsein erloschen sind.

Und daß ich keine Wonne fühlte und kein Glück — —

Nur die Todesschauer des Ertrinkenden

Wie in jener vollmondlichen Winternacht . . .

Der einzige Unterschied zwischen damals und heut: daß ich diesmal in mir wer, nicht außer mir! Und daß ich diesmal nicht lachte, als er gegangen war. Daß ich vor dem Sofa — ein rotgeblümtes Rips-Sofa mit fadenscheinigen Stellen, ich könnte es zeichnen, du! — in die Knie gestürzt war, und mein tränenüberströmtes Gesicht in den Polstern verbarg. Daß ich betete — zu Gott, zu der heiligen Jungfrau, zu unbekannten Mächten? Was weiß ich denn? — — Zu dir habe ich gerufen, du Unbekannter, du Fernes, du, der von Anbeginn bestimmt für diese Stunde war — und den sein Schicksal durch Sturm und Nöte, durch grenzenlose Weiten geschleppt hat an jenem brennenden Tag.

•

Das war das Entsetzlichste in jenen Tagen, daß ich mir selbst verloren und verfallen erschien. Wenn ich nur einen Funken Glauben an mich gehabt hätte, so würde wohl auch Kraft und Mut in mir gewachsen sein.

Und dennoch, du: Kraft hab' ich eine übermenschliche gehabt, — wenn auch nur eine passive Kraft und nicht die Kraft zum Guten.

Was gut, was böse ist? Damals hab' ich viel über die uralte Menschheitsfrage nachgedacht. Ich trotzte und log und schlewete mich mit heiterem Lächeln von Stunde zu Stunde . . . .

Es war mir gelungen, wieder eine Stellung in einem Redaktionsbureau zu erlangen — für ein Honorar, für das ich mir kaum meine Kleider kaufen konnte. Als ich einen schüchternen Versuch machte, fünf Mark monatlich mehr herauszuschlagen, versicherte mir mein Chef allen Ernstes, die Frau sei anspruchslos von Natur und sie müsse aus pädagogischen Gründen in dieser Anspruchslosigkeit erhalten bleiben . . . . Mein Chef war ein hochfreisinniger Mann, der mit allen Neuerungen Schritt hielt und bei der Bierkanne Junker und Sozialdemokraten als rückständig oder wahnwitzig herunterriß. Er war dabei ein gutmütiger Mensch und konnte keinem Flege ein Leid antun. . . . Ich werde sein Andenken in Ehren halten.

Meine fünfzig Mark Monatslohn mußten also für die Ansprüche meiner Mutter und meine eigenen genügen. Sie mußten. Ich stand vom frühen Morgen an vor meinem Pult und schrieb und schrieb: Seite um Seite, Bogen um Bogen . . . und wurde mit der Zeit ordentlich stolz auf diese unheimliche Kraft in mir, die mich mit schmerzverzerrtem Munde über die heitersten Dinge plaudern und mit tanzenden Füßen über glühendes Eisen schreiten ließ.

Die Zukunft stand vor mir wie eine hohe, schwarze Wand. Was drüben lag: ob blühendes Land, ob schlangenbewohnte Abgründe oder ewige Nacht, — ich mochte über diese schwarze Wand hinaus nicht denken.

Als ich eines Morgens an meinem Pult stand und einen politischen Artikel herunterschrieb, überfiel mich die erste Ohnmacht. Ich klammerte mich mit beiden Händen an die harten Kanten des Holzes fest; in meinen Ohren brandete ein Meer. Mein Chef sah sehr erstaunt von seinem Schreibtisch auf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230827-12/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Bezirksparteitag der USPD.

Auf Grund des Organisationsstatut berufen wir hiermit zum Sonntag, den 3. September, vormittags 8½ Uhr nach dem „Volkspark" in Halle, Burgstraße 27, den diesjährigen

ordentlichen Bezirksparteitag

ein. Als vorläufige Tagesordnung ist vorgesehen:

1. **Bericht der Bezirksleitung und der Presse.**
2. **Die politische Lage und die Taktik der Partei.**
   (Redner: Genosse Levi-Berlin).
3. **Wahl der Bezirksleitung.**
4. **Anträge.**

Teilnahmeberechtigt am Bezirksparteitag mit vollem Stimmrecht sind die Delegierten der Unterbezirke und die Mitglieder der Bezirksleitung. Auf je 400 Mitglieder entfällt 1 Delegierter; Restzahlen von über 200 Mitgliedern werden als voll gerechnet.

Mit beratender Stimme nehmen teil die Abgeordneten des Bezirkes, je 1 Vertreter der Unterbezirksleitungen, die Vorsitzenden der Preßkommissionen, die Mitglieder der Redaktionen, sowie je 1 Vertreter der Verlage der Parteizeitungen und der Sozialistischen Arbeiterjugend.

Wir ersuchen die Unterbezirksleitungen, uns umgehend die Namen und Adressen der gewählten Delegierten sowie der sonstigen Vertreter mitzuteilen. Etwaige Anträge an den Bezirksparteitag sind bei uns einzureichen.

Die Bezirksleitung der USPD. Halle.
J. A.: Franz Peters.

Agrarischer Plünderungsschwindel.

Mit verdächtigem Eifer veröffentlicht die bürgerliche Presse auch in den letzten Tagen immer wieder allerlei Meldungen über Erntediebstähle und Felderplünderungen, wie sie während der unruhigen Tage da und dort vorgekommen waren, weil die städtische Bevölkerung sich gegen die agrarische Aushungerung nicht anders zu wehren wußte. Nach amtlichen Feststellungen sind die insbesondere aus Mitteldeutschlands und der Provinz Sachsen hierüber vorliegenden Berichte allgemein übertrieben. An diesen Uebertreibungen hat sich auch das Wolff-Bureau wieder einmal beteiligt und damit gleichzeitig spezielle Interessen des Reichslandbundes vertreten. Die Agrarier versuchen nämlich systematisch, beunruhigende Meldungen über Plünderung auf dem Lande in die Welt zu setzen, um so einen Vorwand zur Bildung von Selbstschutzorganisationen zu haben, die einen Streik ein- für allemal unmöglich machen sollen. So weit denken die Herrschaften nicht, daß sie damit selbst den Anreiz zu weiteren Plünderungen stärken. Wir erwarten, daß ihnen durch die amtlichen Stellen das geplante Geschäft schnell verdorben wird. Die Arbeiterschaft kann die Behörden dadurch unterstützen, daß sie selbst versucht, Plünderungen auf dem Lande zu verhindern. Ein besseres Mittel, den Agrariern den Wind aus den Segeln zu nehmen, gibt es nicht!

Wo kommen sie her, wo gehen sie hin?

Die von uns gestellte Frage nach der Herkunft der Riesensummen zur Finanzierung der letzten „Aktion" beantwortet das kommunistische Organ Mitteldeutschlands, außer den üblichen Schimpfereien auf das „schuftige Gesindel", mit der Behauptung, daß der Reichsausschuß der Betriebsräte „viele Hundert Millionen gesammelt" habe, die „selbstverständlich für den revolutionären Kampf verwendet" würden. Die Rote Gewerkschaftsinternationale habe außerdem „für den Kampf des deutschen Proletariats" den Betrag von einer Million Goldmark zur Verfügung gestellt. Nach dem heutigen Stande der Valuta sind den Kommunisten also nach eigenem Geständnis ungezählte Milliarden aus Rußland zur Verfügung gestellt worden, damit der Kampf zur „Eroberung der Gewerkschaften" in ungeschwächter Form weitergeführt werden kann. Trotz dieser reichlichen Mittel, die der KPD.-Zentrale also zur Verfügung stehen, versuchen die mitteldeutschen Kommunisten jetzt die übliche finanzielle Unterstützungsaktion für die Opfer des Generalstreikverbrechens in den Betrieben aufzuziehen. Die „Zentralleitung" ordnet Listensammlung an. Man will sich nunmehr an dieselben Arbeiter wenden, die man erst unter Anwendung von Terror und Drohungen mit Gewalt aus den Betrieben jagte, um eine „spontane" Bewegung vorzuschwindeln. Von einer unbedingten Verpflichtung zur Solidarität der Arbeiterschaft gegenüber denjenigen, die entgegen aller gewerkschaftlichen Disziplin handelten, kann keine Rede sein, wenn auch Mitleid mit den verführten Opfern kommunistischer Verantwortungslosigkeit durchaus begreiflich erscheint. Die großmäuligen Moskowiter, die sich ihre bolschewistische Hetze in Deutschland Milliarden Papiermark kosten lassen, kümmert die entsetzliche Not der von ihnen Verführten natürlich nicht. Diese zu lindern, überläßt man gnädigst dem deutschen Arbeiter, den man soeben erst noch einen Lump und Verräter über den andern genannt hat. Die so beschimpften Arbeiter tun gut, wenn sie Sammellisten, die gegenwärtig in den Betrieben präsentiert werden, genauestens prüfen. Die Listen von Partei und Gewerkschaften sind in jedem Fall als solche erkenntlich. Was das kommunistische Organ weiter über das „dunkle Kapitel aus der Gewerkschaftsbewegung", das der verflossene Saar-Bergarbeiterstreik darstellen soll, faselt, ist zu albern, als daß es möglich wäre, sich ernsthaft mit solchen Fechterkunststückchen abzugeben. Die kommunistische Tagespresse benutzt (siehe an anderer Stelle!) die Lüge als bewußtes Kampfmittel, als reale Notwendigkeit; wir fühlen uns deshalb jeglicher Verpflichtung ledig, den Versicherungen von Berufsschwindlern ernsthaft näherzutreten. Namentlich jetzt, wo man unbedingt schwindeln muß, um die zerschmetternde Niederlage beim Generalstreik zu bemänteln.

Merseburg. Gastwirteprotest gegen die Getränkesteuer. Die Gastwirte, Saalbesitzer usw. hielten in Beths Gesellschaftshaus eine Versammlung ab, um gegen die von den städtischen Körperschaften beschlossene Getränkesteuer zu protestieren. Der Hauptredner führte aus, der Gastwirtestand sei einfach nicht mehr imstande, eine derartige Steuer zu tragen, die neben den übrigen Steuern 5 Prozent für Bier und 15 Prozent für Wein betrage. In der Versammlung wandte man sich auch dagegen, daß die Tagesordnung der Stadtverordnetensitzung nicht mehr in der Presse bekanntgegeben würde. Nach sehr lebhafter Aussprache wurde eine scharfe Protestentschließung angenommen, nach der sich die Gastwirte und Händler weigern wollen, die geforderte Bestandsanmeldung abzugeben. Im Notfalle solle zum Streik gegriffen werden, falls die Verhandlungen zwischen Aktionsausschuß und Magistrat nicht das gewünschte Ergebnis hätten. — Weder die Landwirte, noch die Industrie, noch der Handel wollen Steuern zahlen. Nur die Arbeitnehmer beißt der Steuerhund.

Lauchstaedt. Aus dem Stadtparlament. In ihrer am 20. August abgehaltenen Sitzung erledigten die Stadtverordneten eine umfangreiche Tagesordnung. Das größte Interesse dürften die Steuervorlagen beanspruchen, die vom Magistrat eingebracht werden mußten, um das Loch im Stadtsäckel zuzustopfen. Für das erste und zweite Vierteljahr sollen 100 Prozent an Realsteuern sofort nacherhoben werden. Die allgemeine Erhöhung der indirekten Steuern wurde beschlossen; u. a. wird die Hundesteuer auf das 100fache erhöht, desgleichen die Verwaltungskosten. Die beantragte Erhöhung der Entschädigung der Lehrer an der Berufsschule, pro Stunde 90 000 Mk., wurde bewilligt. Der frühere Beschluß über Abhaltung des Kinderfestes wurde dahingehend umgeändert, daß dem Vorschlag des Elternbeirates, die Abhaltung des Kinderfestes abzulehnen, beigetreten wurde. Von der Amtsniederlegung des Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes wurde Kenntnis genommen. In Zukunft sollen die zuständigen Angelegenheiten vom Kreis-Mieteinigungsamt erledigt werden. Die beantragte Erhöhung der Entschädigung für die Bemühungen des Vorsitzenden wird mit 60 000 Mk. für den Termin bewilligt. Zur Deckung dieser Erhöhung sollen 40 000 Mk. bzw. als Mindestsatz 20 000 Mk. erhoben werden. Die Einrichtung eines Kleingartenschiedsgerichts wurde abgelehnt.

Sangerhausen. Etwas von Geschäftsleuten, die durch Tragen von Abzeichen zweifelhafter Organisationen scheinbar auf Arbeiterkundschaft verzichten. Seit einiger Zeit gehört es zur großen Mode in Sangerhausen, Hakenkreuze, Jungdo- und „Stahlhelm"-Abzeichen zu tragen. Ein Sport, der jedermanns Sache ist, der seine innere Ueberzeugung zum Ausdruck bringen will. Es gibt sogar Leute, die unsere „stillen Oertchen" mit ihren Abzeichen zieren, um zu beweisen, daß man statt dem fremden P.P. auch ganz gut das Hakenkreuz setzen könnte. Das alles ist, wie gesagt, Anschauungssache. Feststeht, daß all diese Zeichen politische Bedeutung haben. Durch das Tragen bestimmter Abzeichen dokumentiert der Betreffende, daß er mit Andersdenkenden möglichst wenig zu tun haben will. Wir möchten unsere Genossen, auch die von auswärts, bitten, streng auf diese Willensäußerung dieser Leute zu achten und deren Geschäfte nicht zu betreten, da es vielleicht sonst passieren könnte, nicht bedient zu werden. Um den Wünschen dieser Herren entgegenzukommen, möchten wir gleich hier ihre Namen veröffentlichen: 1. Café Kolditz, Bahnhofstraße (Ecke), 2. Restaurant Trabert, Kylischestraße, 3. Kaffeehaus „Schützenhaus". Wir werden diese Liste demnächst ergänzen. A. B. C.

Glesien. Kräftigung der Genossenschaft. Der Konsumverein für Glesien und Umgegend hielt am vergangenen Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung ab, um der Verwaltung durch Erhöhung der Geschäftsanteile die erforderlichen Betriebsmittel in die Hand zu geben. Nach ausführlicher Diskussion wurde beschlossen, den Geschäftsanteil und die Haftsumme auf 5 Millionen Mark, das Eintrittsgeld auf 20 000 Mk. zu erhöhen. Der Betrag soll in zehn Raten eingezogen werden; Mitglieder, die nach einer bestimmten Zeit ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen sind, sollen vom Warenbezug ausgeschlossen werden.

Wo bleibst Du,

wenn sich Deine Kollegen, selbst unter dem schärfsten wirtschaftlichen Drucke, bemühen, sich über alle öffentlichen Vorgänge Aufklärung und Klarheit zu verschaffen? Wo bleibst Du, wenn in Zusammenkünften Meinungen ausgetauscht, Beschlüsse durchgeführt werden, die den Arbeitern und auch Dir dienen sollen? Du bleibst zu Hause, um zu stöhnen oder zu schimpfen, Du kritisierst die Tätigkeit der Parteien und Gewerkschaften, Du pflegst meisterhaft den Kollegen in der Werkstatt Deine traurige Lage zu schildern, fühlst Dich aber nicht genötigt, aus Deiner Lage heraus richtige Schlüsse zu ziehen.

Hast Du schon beobachtet, wie die besitzende Klasse zusammenhält wie Pech und Schwefel, und wenn sie zehnmal nach außen die „Uneinigkeit" markiert? Du solltest lernen von ihr, in Deiner Klasse dasselbe zu tun. Zusammenhalten, wenn es gilt, Anschläge gegen Dich und Deine Kollegen abzuwehren. Wohl drückt Dich die Not, aber noch nicht so weit, daß Du nicht mehr Dich einreihen kannst als tätiger Mitarbeiter.

Es kann Dir niemand helfen, wenn Du nicht selbst den Mut aufbringst, Dir selbst helfen zu wollen. Darum kämpfe mit um die Ziele der sozialistischen Arbeiterschaft. Tritt ein für die Organisation,

werbe Deinem Parteiorgan neue Leser!

Greppin. Erfolge kommunistischer Verantwortungslosigkeit. Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht unser Dessauer Parteiorgan einen Bericht aus Jessen, aus dem wir folgendes wiedergeben: Als die Belegschaft der Greppiner Werke am Montag anfahren wollte, wurde ihr die Mitteilung, daß die ganze Belegschaft entlassen sei. Wenn auch ein ganz Teil wieder eingestellt wurde, so geschah dies aber unter Bedingungen, die auch danach waren. So wurde z. B. die Karenzzeit für Urlaub und den Bezug der Deputatkohlen vom Tage der Wiedereinstellung an berechnet. Wenn weiterhin die in der Seidenspinnerei der Filmfabrik noch verbliebenen etwa 40 Arbeiter, die ursprünglich wegen Arbeitsmangel entlassen werden sollten, jetzt verkürzt arbeiten müssen, so ist auch das für die davon Betroffenen ein nicht zu unterschätzender „Erfolg", für den die betreffenden Arbeiter den kommunistischen Drahtziehern hoffentlich „Dank" wissen werden! Weiter fallen durch den Streik der Gemeinde Jeßnitz etwa 80 Arbeitslose zur Last. Ein Arbeitslosenrat, der aus jungen, unerfahrenen Arbeitern besteht, hat folgende Forderungen an den Magistrat gestellt: Jeder Arbeitslose soll pro Woche durch die Gemeinde erhalten 2 Brote (die arbeitenden Kollegen erhalten nur eins!), 2 Pfund Wurst oder Fleisch, 2 Pfund Hülsenfrüchte, 25 Pfund Kartoffeln, 5 Millionen Mark für Ledige und 10 Millionen Mark für Verheiratete. Bei Ausführung dieser Forderungen würden der Stadt pro Woche 400 bis 500 Millionen Mark Kosten erwachsen. Vergessen hat man allerdings, einen Vorschlag mitzubringen, wie denn die erforderlichen Gelder aufgebracht bzw. flüssig gemacht werden sollen. Man sieht also: Elend, Not und Kummer in unzähligen Familien als Folge kommunistischer Verantwortungslosigkeit. Der alte August Bebel sagte einmal: Arbeiter, seht Euch Eure Führer an! Dies mag die des Bitterfelder Industriebezirks ganz besonders zu beherzigen in ihrem ureigensten Interesse.

Wittenberg. Aus dem Stadtparlament. Die Stadtverordneten hielten am Dienstag wieder eine Sitzung ab und regelten zunächst die Entschädigung für den Pächter des Stadtbades. Das Ersuchen um Erlaß der Hälfte des Pachtgeldes und die Benutzung der Wiesen wurde abgelehnt. Neu geregelt wurden auch verschiedene Pächte für städtischen Grundbesitz. Für den Spiel- und Sportplatz Seegrehna wurde eine Entschädigung von 2 Zentner Weizen, für den Schlammplatz an der Dessauer Straße 10 Zentner Roggen und für die Luthersbrunnen-Wirtschaft 2 Zentner Roggen jährlich festgelegt. Weiter wurde ein Nachtrag zur Biersteuerordnung in der vom Magistrat vorgeschlagenen Form genehmigt. Zum Schluß der nur eine halbe Stunde währenden öffentlichen Sitzung wurde die nachträgliche Genehmigung zur Herausgabe von städtischem Notgelt erteilt, und die für den Notendruck erforderlichen Kosten bewilligt.

Streikzusammenbruch im Bockwitzer Revier.

Aus Bockwitz wird uns (verspätet) geschrieben: Obwohl die KPD. in der richtigen Witterung, daß ihr famoses Arbeiter- und Bauernregierungs-Programm nicht mehr zog, ihre Forderungen auf wirtschaftliche Grundlage umbog, fuhren mit Ausnahme von Friedländer-Grube trotzdem sämtliche Betriebe zu 70 bis 90 Prozent ein. Der Streik hätte sich wohl selbst erledigt, wenn nicht plötzlich Schupo eingerückt und dadurch eine erregte Stimmung unter der Bevölkerung, die an den Anblick von Uniformen nicht gewöhnt ist, eingetreten wäre. Im ganzen hat sich die Schupo jedoch korrekt benommen; im anderen Falle wäre ihr Erscheinen Wasser auf die Mühlen der verantwortlichen Unverantwortlichen gewesen. Am Mittwoch hat die Leitung der „Bubiag" die Streikenden fristlos entlassen.

Wie vorauszusehen war, ist auch dieser von den Kommunisten mit soviel Tamtam in Szene gesetzte Streik zusammengebrochen. Die Arbeit wird voraussichtlich am Montag wieder aufgenommen werden, nachdem auch im Senftenberger Gebiet die Arbeiter schon zu 50 Prozent in die Betriebe gelaufen sind. Nun wird es an der Zeit sein, mit den Drahtziehern abzurechnen. Zu bedauern sind nur die zahlreichen Opfer, die auf der Strecke bleiben. Sie kommen alle auf das Schuldkonto der unverantwortlich handelnden Streikleitung.

Kleine Nachrichten.

Hergisdorf. Beim Zusammenstoß mit Felddieben an der Ahlsdorfer Waldgrenze wurde der 62jährige Feldhüter Stichling schwer verletzt, daß er starb. — **Kloster Michaelstein.** Am Mönchsmühlenteich erhängte sich ein alter Mann an einem Baum. Der Ast brach, der Greis fiel in den Teich und ertrank. — **Halberstadt.** Wegen unheilbarer Krankheit warf sich die 51jährige Volksschullehrerin Seelger vor einen Zug und wurde zermalmt. — **Altenburg.** Das Warenhaus Cohn warnt durch ein Aushängeschild das Publikum vor Käufen, weil nur durch größte Einschränkungen billige Preise erreicht werden könnten. Ein Flüstern in den Sturm. — **Jena.** Mit Rücksicht auf den Mangel vereinbarten Gastwirteverein und Stadtverwaltung für die Hotels vier fleischlose Wochentage und Verbot des Bohnenkaffees. Kuchen in Konditoreien und Cafés dürfen nur ohne Verwendung von Eiern und Frischmilch hergestellt werden.

Mansfelder Lande.

Die Arbeitsmarktlage in Mansfeld.

Nach dem uns vorliegenden Bericht über die Tätigkeit des Arbeitsamtes Eisleben in den Monaten Juni-Juli erfuhr die Arbeitsmarktlage gegenüber den Vormonaten eine wesentliche Besserung. Infolge des Bestrebens der Großindustrie, die kommunistische Generalstreikspielerei als willkommenen Anlaß zur Steuersabotage zu benutzen, dürfte inzwischen natürlich eine ganz enorm gesteigerte Arbeitslosigkeit zu verzeichnen sein. Im Juli nehmen die Ziegeleien im beschränkten Umfange den Betrieb auf. Die Metallindustrie war gut beschäftigt, ebenso die Holzindustrie und das Baugewerbe. Im Verkehrsgewerbe war ebenfalls ein Anziehen der Besserung zu beobachten und den ungelernten Arbeitern bot sich mancherlei Beschäftigungsmöglichkeit. Die Besserung hielt bis zum Ende des Berichtsmonats an.

Die Anfang Juni errichtete Bezirksbergbaufachabteilung konnte zunächst einen guten Beschäftigungsgrad in allen Zweigen der Bergbauindustrie feststellen, der auch in den beiden Berichtsmonaten anhielt. Das Bestreben der Abteilung geht neben anderen Aufgaben wirtschaftspolitischer Natur dahin, den Ausgleich auf dem Arbeitsgebiet des Bergbaues durch die Erfassung eines großen wirtschaftlich zusammenhängenden Gebiets zu fördern. Die Vorbedingung hierzu ist natürlich die Anmeldung der offenen Stellen. Die Abteilung Landwirtschaft lag unter dem Einfluß der Jahreszeit. Im Juli trat zeitweilig ein Mangel an gelernten bzw. brauchbaren Arbeitskräften ein. — In der Abteilung für Erwerbsbeschränkte konnten durch Verhandlungen mit den Riebeck'schen Montanwerken günstige Ergebnisse erreicht werden.

Das Berufsamt hat gegen das Vorjahr eine starke Steigerung in der Inanspruchnahme zu verzeichnen. Die im Bereich des Berufsamtes entlassenen Schüler haben bei ihrer Unterbringung in Lehrstellen zum größten Prozentsatz das Amt in Anspruch genommen. — Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt stand das Angebot von Hauspersonal hinter der Nachfrage zurück. Besonders fehlten Köchinnen, Stützen, Mamsells für Güter. Im Handelsgewerbe wurden einige Kräfte vermittelt. — Die Abteilung Erwerbslosenfürsorge mußte wiederholt Unterstützung entziehen, bzw. verweigern. Im Monat Juni wurde im Stadtbezirke Eisleben gezahlt an Unterstützung 7 992 602 Mk., im Juli 5 821 658 Mk. Zeigte die Arbeitsmarktkurve in beiden Berichtsmonaten in bezug auf die Arbeitslosigkeit nicht die Tendenz der Steigerung, so schlug sie schon Anfang August die Richtung nach Höherentwicklung ein, um im steten Aufwärtsschreiten, beeinflußt durch die eingetretene Geldwert- und Wirtschaftsmarktverhältnisse bei Abfassung des Berichts einen für die kommende Zeit ungünstigen Ausblick zu eröffnen.

Aus den hallischen Gerichtssälen.

Strafkammer.

Zwei Türklinkenmarder,

die nach eigenem Geständnis mindestens 21 solcher Diebstähle ausgeführt haben, standen in dem 20jährigen Arbeiter Otto Schubert und dem 22jährigen Buchbinder Kurt Voigt, den nach der Behauptung seines Vaters Frau Schubert zu sich herangezogen hat, vor Gericht. Vielleicht wäre ihnen dieser schwere Gang erspart geblieben, wenn Frau Schubert den jungen Burschen gegenüber ihre Stimme warnend erhoben hätte, aber wie ihre Ausführungen vor Gericht erkennen ließen, fand sie in den Taten der Angeklagten gar nichts Unrechtes, bekannte sich dazu ungefragt, daß sie gewußt habe, wie der Sohn die Beute zerkleinert hat. Sie sprach von Not, weil die Rente ausgeblieben sei, hatte doch aber den arbeitslosen Voigt noch in ihr Heim aufgenommen. Das Gericht verurteilte beide Angeklagte, die schon vorbestraft sind, zu je zwei Jahren Gefängnis. Ein Rohproduktenhändler, der in einem Falle die Beute gekauft hatte, erhielt drei Monate Gefängnis. Seine Ausführung, daß die Klinken zur Unkenntlichkeit zerschlagen an ihn verkauft worden seien, zog nicht. Mit Recht wurde ihm erwidert, daß gerade in dem Zerschlagen der Beute für ihn eine Warnung hätte liegen müssen. Reell erworbene Waren zerschlage man nicht erst vor dem Verkauf. Im übrigen hatte aber auch Voigt früher erklärt, die Türklinken unzerschlagen verkauft zu haben.

Schöffengericht.

Im Zuchthaus gelandet.

Der 41jährige Monteur Joseph Kohl hat einem armen Zimmermädchen aus einem Reisekorbe, den sie bei einer Witwe untergestellt hatte, Frauenkleidungsstücke gestohlen. Er hatte bei der Frau gewohnt, war deren Geliebter gewesen, sich dann aber einer anderen, seiner jetzigen zweiten Frau zugewandt, und so war der Krach gekommen. Beim Auszug hatte er die Sachen des Zimmermädchens dann mitgehen heißen, die 6 bis 7 Monate später in seiner Behausung gefunden wurden. Er vertrat nun die Ansicht, daß die Verschmähte ihm aus Rache die Kleider unter seine Sachen gemengt hätte, er sie aber für solche seiner ersten, von ihm geschiedenen Frau betrachtet habe. Er kam mit dieser faulen Ausrede nicht durch, zumal er sich mit früheren Angaben in Widerspruch gesetzt hatte, auch, abgesehen von Bettelstrafen, nicht weniger als 18 Vorstrafen wegen Eigentumsverbrechen hinter sich hat, von deren er jetzt solche von 10 Monaten, 6 Monaten und 12 Monaten verbüßt. Er versteht es freilich vorzüglich, den Harmlosen zu spielen. So ist er denn auch im vorigen Jahre noch zu seiner zweiten Frau gekommen, die natürlich von seiner bösen Vergangenheit keine Ahnung hatte. Es wurde auf 1 Jahr Zuchthaus erkannt.

Er hört sie gern schimpfen.

Der Arbeiter Adolf Künnemann stand vor Gericht, weil er an seinem letzten Geburtstag in einem Restaurant, in dem er sich im Laufe des Tages betrunken hatte, 5 bis 6 Grammophonplatten unter seiner Weste hatte verschwinden lassen. Er wollte jetzt aber die Tat nicht als Diebstahl aufgefaßt wissen und meinte, er höre das Stück „Die Rosen aus dem Süden" so gern, ebenso gern höre er aber die Wirtin schimpfen. Da habe er plötzlich den Einfall gehabt, die Wirtin einmal zum Schimpfen zu reizen. Zu diesem Zweck habe er die Platten, unter denen sich die oben bezeichnete befunden, verschwinden lassen. Nun habe er die Wirtin bitten wollen, das Stück spielen zu lassen. Wenn sie dann die Platte nicht gefunden, würde das Schimpfen losgegangen sein. Er kam mit der Erzählung, die der Vorsitzende als ein schönes Märchen bezeichnete, vor Gericht aber nicht durch. Seine drei Vorstrafen zeigen zunächst, daß er das Mein von dem Dein nicht gut auseinander hält. Dann hat er damals auch die Wegnahme der Platten abgeleugnet, sogar den Entrüsteten gespielt, von Scherz aber kein Wort verlauten lassen. Die Wirtin erklärte sogar vor Gericht, ihn im Verdacht zu haben, daß er ihr auch die Platten gestohlen hat, die ihr vorher abhanden gekommen sind. Das Gericht berücksichtigte aber seine damalige Angetrunkenheit strafmildernd und erkannte auf 8 Monate Gefängnis.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621923O827-12/fragment/page=0006